



„Sind werden alle Katholiken von dem himmlischen Richter gefragt, hast Du dem „Volksverein“ angehört, warst Du Mitglied des „Zentrumswahlvereins“, hast Du bei Gemeindevahlen, bei Landtags- und Reichstagswahlen Reiz für das Zentrum gestimmt? Dann wohl demjenigen, der zur himmlischen Majestät sagen kann, ich war überall dabei.“

Es wäre interessant, zu erfahren, woher Herr Doktor Lorenz ein Exemplar des Fragebogens hat, nach dem einseitig bei dem von ihm erwähnten Examen verfahren werden soll. Kann er das nicht glaubwürdig angeben, so darf man seine Behauptungen wohl als frei erfunden bezeichnen.

Ob es wohl viele Dumme geben wird, die den Lorenz'schen Behauptungen über die Prüfung der Pfortheimer Katholiken Glauben schenken? Es scheint so. Sonst würde es der Redner wohl nicht gewagt haben, seinen Zuhörern derartige Einzelheiten eines Examins zum Besten zu geben, das noch kein lebender Mensch mitgemacht hat.

**Die wachsende Bedeutung der Großstädte im Gesamtleben der Nation** ist aus folgender Statistik erkennbar. Es wohnen in Deutschland in Großstädten mit mehr als 100,000 Einwohnern:

Jahr	Zahl der Gemeinden	Bevölkerung	in % der Gesamtbevölkerung
1871	8	1,968,537	4,8
1875	12	2,665,914	6,2
1880	14	3,273,144	7,2
1885	21	4,446,381	9,5
1890	26	6,241,309	12,6
1895	28	7,276,393	13,9
1900	33	9,120,280	16,2
1905	41	11,509,004	19,0

Die in den Großstädten wohnende Bevölkerung hat sich demnach seit der Gründung des Reichs nahezu verdreifacht, während ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung auf das vierfache gestiegen ist. Diese Zunahme ist ausschließlich auf Kosten der kleinen Orte unter 15,000 Einwohnern erfolgt, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung von 85,4 auf 85,9 Prozent herabgegangen ist, obwohl ihre absolute Bevölkerungsziffer von 35,078,319 auf 30,991,174 gestiegen ist. Die Mittel- und kleineren Städte (15,000—100,000 Einwohner) haben ihre Gesamteinwohnerschaft von 1,013,936 auf 9,141,100, ihren prozentualen Anteil an der Reichsbevölkerung von 9,8 auf 15,1 vermehrt.

Die großstädtische Entwicklung Deutschlands ist heute nicht mehr weit von der Englands, dem in dieser Beziehung fortgeschrittensten Staate entfernt. In Großbritannien lebten bei der letzten Zählung 13 1/2 Millionen Einwohner in den Großstädten.

**Wie „Freiherr Dr. von“ Köfide für die Polenvorlage gewonnen ward.** In einer Rede des Abgeordneten Korsantj bei der Kohleninterpellation im Reichstage befand sich eine Anspielung auf den Abgeordneten Dr. Köfide, über deren Entstehungsgeschichte, nach dem „Vorwärts“, im Folgenden folgende niedliche Erzählung kursierte:

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, hatte arge Bestimmungen wegen der neuen Anstiedelungsvorlage, welche die Regierung zum Schutze des Deutschtums in der Provinz Polen dem Landtag vorgelegt hat. Man fürchtete in der agrarischen Kreise, daß das böse Beispiel der Enteignung des „heiligen Eigentums“ erschlittern und revolutionierend wirken könne. In jener für die Regierung unglücklichen Zeit des Zwiespals, ob sich nicht etwa Anstiedelungsvorlagen bei den Konventionen finden und das ganze Anstiedelungsprojekt, wie früher den Rhein-Eifelkanal, begraben würden, traf es sich, daß der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, der Abg. Dr. Köfide, eine Unterredung mit dem Reichsminister hatte. Fürst v. Bülow teilte seinem Besucher mit, daß der Kaiser sich entschlossen habe, Herrn Dr. Köfide wegen seiner hohen Verdienste um die deutsche Landwirtschaft in den Freiherrnstand zu erheben. Im weiteren Verlauf der Unterredung wurde von dem Fürsten angedeutet, daß man die patriotische Unterstützung für die Regierungspolizeien in der Provinz Polen brauchen könne und daß die Anstiedelungsvorlage dringender notwendig wäre, um die Nation vor Gefahren zu bewahren. Wie weiter erzählt wird, ist das Verdienstamt jetzt beschliffen, das Wappen des Freiherrn Dr. Köfide zu entwerfen. Vielleicht wird es zugleich mit dem Gesetz über die Anstiedelungsvorlage publiziert.

Danach scheint es sich bei der Mitteilung des Abgeordneten Korsantj um kein Märchen zu handeln. — Ein schöner Zug von „bolschewistischer Treue“ und ein Beispiel, wie „Volks“vertreter gewonnen werden.

**Ein hungernder Lebensretter.** Einen bemerkenswerten Beitrag zu dem umfangreichen Kapitel von unserer Zeiten Schande lieferte ein Fall, der kürzlich die Zweite sächsische Ständekammer beschäftigte.

Es handelt sich dabei um den Textilarbeiter Karl Albin Lammel in Gera, der im April 1898 ein kleines Kind vom Tode des Ertrankens gerettet hatte und in Anerkennung seines vorbildlichen Tuns mit der Lebensrettungsmedaille ausgezeichnet worden war. Bei diesem Rettungsakte hatte sich der brave Mann aber eine starke Erkältung zugezogen, die später eine Lähmung der linken Körperhälfte und seine völlige Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte. Er wurde von einigen privaten Unternehmern sowie von dem geringen Arbeitslohn seiner Ehefrau sein Leben fristen. Da aber die freiwilligen Spenden fast gänzlich ausgeht sind, befindet sich der unglückliche Mann nunmehr in einer entsetzlichen Lage. Er wandte sich daher in seiner Not jetzt an den Landtag mit der Bitte, ihm eine monatliche Rente aus irgend einem Fonds zu gewähren. Der Landtag erlaubte zwar die traurige Lage und Selbstlosigkeit des Lebensretters an, aber dem Wunsch nach Gewährung einer Rente konnte er nicht entsprechen, weil der Regierung keine gesetzlichen Mittel zur Verfügung gestellt sind, um in solchen Fällen ausreichende Unterstützungsgewährungen zu leisten. Es konnte deshalb der Regierung nur aus Abgordnetenkreisen aus Herz gelegt werden, dem Unglücklichen vor der dringenden Not zu schützen.

Ob die Regierung jedoch Mittel und Wege zur Unterstützung finden wird, wurde dieser Inhaber der Rettungsmedaille längt verhungert sein, wenn ihn nicht private Mithätigkeit davor bewahrt. — Für Polizeispiegel und ähnliche „nützliche Elemente“ haben die Regierungen Fonds, aber Lebensretter können in deutschen Ländern ruhig hungern.

**Der nächste Akt des Amerikka-Dramas.** Fürst Galenberg hat bei der Staatsversammlung den Antrag gestellt, gegen Kaiserin Viktoria und Maximilian Garden die öffent-

liche Anklage wegen Beleidigung zu erheben. Die Staats-Anwaltschaft hat diesem Antrage Folge gegeben. Zugrunde gelegt wird die Tatsache, daß die beiden Beschuldigten in dem Waldlager im Molke-Garten-Prozesse mit Bezug auf den Fürsten Galenberg Ausdrücke gebrauchten, die nach der Ansicht der Anklagebehörde geeignet sind, die Ehre des Fürsten Galenberg zu schädigen. Die plötzliche Bereitwilligkeit des Staatsanwalts ist geradezu staunenswert. Ob Juraisten erwidern zur Rechtspflege, lassen wir dahingestellt.

**In der Entscheidung des „Waffenbesitz“** in der Post-Angelegenheit wird weiter berichtet, daß nach amtlichen Feststellungen die dort gefundenen 19000 mit Wasserzeichen versehenen und zur Herstellung russischer Schulverschreibungen bestimmten Bogen in einer der renommiertesten deutschen Papierfabriken, nämlich in der Nähe von Hannover, auf eine aus Berlin erhaltene Bestellung hin, geliefert worden sind. Gegen die Fabrik, die nachweislich im besten Glauben gehandelt hat, wird nichts unternommen werden, wohl aber wird ein Strafverfahren gegen die Verkäufer, die noch nicht mit Sicherheit ermittelt sind, wegen Minderwertigkeit, nämlich wegen Verstoßes der Nachahmung amtlicher auf den Inhaber lautender ausländischer Schulverschreibungen eingeleitet. Ob ein solches Strafverfahren eingeleitet werden kann, ist doch sehr fraglich, so lange man nicht weiß, wozu das Papier dienen sollte. Die verkehrte liberalistische Überlieferung sich wieder einmal in Denunziationen.

**Lehrerzählbat.** Lehrerstellen mit Wohnung für einen Junggeheilen gibt es in Breiten gegen 9000. Aus Schleswig-Nordstein wird hierüber mitgeteilt, daß die meisten solcher Einzelwohnungen, wozu dort etwa 400 vorhanden sind, in baulicher und gesundheitlicher Hinsicht sehr mangelhaft sind; ihre Aufhebung erscheint in sanitärem Interesse durchaus geboten. In den meisten unter dem Dach gelegenen, an einen Taubenschlag erinnernden Räumen mit der jungen Lehrer oft vier bis fünf Jahre hausen. Aber auch bei endgültiger Anstellung hat der Lehrer keinen Anspruch auf eine andere Dienst- oder Familienwohnung, auch nicht bei der Verbeiratung. Diese Kategorie der Lehrer ist also tatsächlich zur Hebellosigkeit verurteilt, und zwar manchmal unter Umständen, wo die wirtschaftlichen und ärztlichen Verhältnisse die Führung eines eigenen Haushaltes durch eine Wittwe oder verwandte oder durch Verheiratung bedingen. Einzelne Gemeinden haben diesen ungeliebten Zustand aus eigenem Antriebe bereits beseitigt und, um ihrer Schullehrkräfte zu erhalten, Familienwohnungen für die Lehrer gebaut.

**Der Rückstrom der Arbeiter,** die in früheren Jahren aus Europa nach den Vereinigten Staaten auswanderten, sind und die jetzt infolge der amerikanischen Finanzkrise und der dadurch herbeigeführten Arbeitslosigkeit nach der Heimat zurückkehren, öftt an. Die in Köln abgeschlossene Konferenz des nordatlantischen Dampferlinien-Verbandes hat daher beschloffen, für den Verkehr von Nordamerika nach europäischen Häfen die Passagierpreise für die zweite Klasse und das Zwischendeck um 3 bis 4 Dollars zu erhöhen.

**Die Kommission des Reichstages** zur Vorbereitung der Majestätsbeleidigungsvorlage wird ihre Beratung am 3. Dezember beginnen.

**Versehene Finanzoperationen.** Im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer gab der Finanzminister zu, daß sich auch der Ortsvorsteherhöhung nicht die erwartete Einnahmeerhöhung ergeben hat. Ferner verbreitete sich der Minister über das Finken der Telephonämte und betonte, daß eine Reform des Telephonnetzes unabwendbar sei. — Dasselbe Lieb, wie es der Stenograph im Reichstag gestern sagte.

**Die Denkschrift über die Reise Derenburgs** nach Ostafrika wird dem Reichstage in nächster Zeit zugehen. Der Staatssekretär wird die Hauptpunkte selbst im Plenum bei der ersten Sitzungsperiode berühren. — Das geforderte Geld wird das deutsche Volk noch mehr überraschen als diese Denkschrift.

**Der Ehrenfabel für die Vernichtung.** Der Kaiser hat dem Hauptmann von der Hagen vom Generalstab der Schutztruppe für Südwestafrika in Anerkennung seines unermüdeten und energischen Verhaltens gelegentlich der Vernichtung der Bande Moresans durch die Koppo ipe einen Ehrenfabel mit entsprechender Widmung verliehen.

**Eine unerwartete Wirkung.** Eine höchst erfreuliche Folge hat die öffentliche Wahl der Stadtverordneten in Altona gezeitigt. Eine Anzahl Genossen hatten am Tage nach Vernichtung der Stadtverordnetenwahlen eine „Schwarze Liste“ veröffentlicht, in der alle Wähler angeführt wurden, die nicht sozialdemokratisch gewählt oder ihr Wahlrecht nicht ausüben wollten. Eine große Zahl von Genossen, die den bürgerlichen Kandidaten ihre Stimme gegeben haben, setzen in der „Schwarzen Liste“ einen verächtlichen Posten, dessen Wirkung sich sogar schon bemerkbar machte. Die Angelegenheit soll dem Reichstagsausschuß und dem Verband der Bürgervereine von Schleswig-Holstein überwiehen werden, um zu veranlassen, daß die Städteordnung abgeändert und die jetzige öffentliche Wahl in eine geheime umgewandelt werde. — Das wäre eine gute Wirkung eines Verfahrens, das unsere Genossen von den bürgerlichen Schamachern gelernt haben.

**Welche ungeheuren Profite** durch die agrarische Politik den Großgrundbesitzern mühelos in den Schoß fallen, ist aus folgendem ersichtlich: Im Kreise Wehlau verkaufte dieser Tage ein Herr Kroll sein 1400 Morgen großes Gut um den Preis von 523,000 Mk. Vor noch nicht ganz 3 Jahren hatte er das Gut für 250,000 Mk. erstanden. Das ist in dem kurzen Zeitraum ein Gewinn von 273,000 Mk.! Das alles hindert unsere Krantanker nicht, vom Staate immer neue Liebesdienste zu verlangen!

**Der sich nicht fügt, liegt — auch beim Zentrum.** In einer großen, von etwa 1200 Personen besetzten Zentrumsversammlung zu Gagen wurde dem Verleurer der „Westdeutschen Volkszeitung“, Joh. Fasangel vorgeworfen, daß er durch seine Verleumdung gegen die Zentrumsparlei, deren Leitung er als strapelloser und unfähiger bezeichnet habe, den Gegnern wertvolles Material in die Hände geliefert habe, und schließlich ein Verdächtiger des Reichswahlkomitees gütigsten, der der „Westdeutschen Volkszeitung“ den Charakter als Zentrumsorgan abgenommen. Es wurde beschloffen, einen Ableger der Dortmunder „L'annonia“ unter dem Titel „Volksblatt für das Sauerland“ als offizielles Parteiorgan einzuführen, dem Fasangel also auch noch ein Kontrabandblatt auf die Nase zu legen.

## Zusland.

**Wer soll die Soldatenzüge vom 1. Mai bezahlen.** Wie erinnerlich, konnten feinerzeit die Bürgerlichen der „Nicht-Paris“ nicht laut und schmerzhaft genug über die von den bösen Sozialisten am 1. Mai 1906 drohende Revolution beschlagen. Alles liehe an diesem Tage, so sagen sie, auf der Spitze, sogar unsere von Gott gewollte und von ihm weise eingerichtete kapitalistische Wirtschaftsordnung. Nun traut sich allerdings das Bürgerium nicht mehr die Fähigkeit zu. — So einfaßlich ist es bereits geworden — aus eigener Kraft gegen die aufstrebende Sozialdemokratie aufkommen zu können. Man rief infolge dessen die „Überzeugungs“-Basse gegen den „inneren Feind“ an: den Militarismus. Das Ministerium Clemenceau-Briand-Biquard erwies sich wieder einmal als das „große“ Ministerium und als der nie versagende Retter in der Not. Es ließ schon einige Tage vor dem internationalen Arbeiterkongress Paris durch ein ungeheures Militäraufgebot besetzen, und Clemenceau triumphierte — wie einstmals Nilow. Die Besetzung von Paris war indessen eine sehr kostspielige „Geldentat“. Und nun fragt es sich, wer hat dabei die Zehne zu zahlen? Die Gläubiger laufen seit geraumer Zeit von Pontius zu Pilatus, ohne aber bisher mit ihren berechtigten Ansprüchen zu einem günstigen Resultat gelangt zu sein. Die Sozialdemokratie, die damals den Soldaten Unterhalt gewährten

wandten sich zunächst mit ihren Forderungen an das Kriegsministerium. Der Kriegsminister erklärte aber, nur das Kriegsministerium des Ministeriums des Inneren gehandelt zu haben. (Biquard ist es im übrigen immer nur gegenüber Clemenceau.) Hier jedoch verwies man die Gläubiger an die Staatsverwaltung.

Nun waren aber die „Rechnungsbesitzer“ nicht wenig verblüfft, als man ihnen im Rathaus kurz und bündig erklärte, von der ganzen Geldangelegenheit nichts wissen zu wollen. Der allein für die Zahlung verantwortlich zu machende, so begreifbar, der Magistrat sein Verhalten, kann doch nur derjenige sein, dem es obliegt, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Autorität Sorge zu tragen, und der nicht nur die Mittel dazu, sondern auch die Verantwortlichkeit dafür hat. Das ist doch aber nicht Sache der Stadt Paris, sondern des Ministeriums des Inneren. Die Gläubiger wurden zwar durch diese Behauptung entschloßen gefasster, aber das genigte ihnen allem Unschick nach nicht. Sie wollten auch zu ihrem Gebe kommen. Sie strengten, wie der „Frankf. Volksst.“ aus Paris geschrieben wird, infolge dessen soeben eine Klage gegen das Kriegsministerium an, mit welchem sie bei der omnibus Einquartierung zunächst zu tun hatten. Die Verhandlung hat noch nicht stattgefunden, allein der Ausgang des Prozesses läßt sich schon jetzt mit fast absoluter Sicherheit voraussagen. Paris wird die Kosten müssen. Denn mit der Zentralgewalt des Staates zu streiten, ist immer ein mißlich Ding. Und schließlich, gesetzt der Fall, der Staat werde zur Bedingung der Kosten verurteilt, was ja kaum zu erwarten ist, dann muß man ihn doch noch zur Zahlungszustimmung zwingen, was auf alle Fälle eine sehr böse Sache ist, umso mehr, als Herr Clemenceau allem Ernstes entschlossen zu sein scheint, nicht zu zahlen zu wollen. Den Pariser dürfte damit der 1. Mai gar teuer zu stehen kommen; nicht infolge des proletarischen Feiertages, sondern wegen des unglücklichen Scheiterns der Bourgeoisie, der von einigen Gelehrten und Demagogen in der unerschämtesten Weise mißbraucht worden ist.

**Frauenwahlrecht in England.** Im Laufe voriger Woche hielt das Komitee der liberalen Frauen-Association, Mrs. Nesbitt, eine Versammlung in London ab. Die Präsidentin, Mrs. Nesbitt, berichtete, daß der Verein von 125 Ortsgruppen mit 16,000 Mitgliedern auf 150 Ortsgruppen mit 18,500 Mitgliedern gestiegen sei. Der Hauptzweck dieser Vereinigung ist die Erringung des Wahlrechts für die Frauen. Das Verhalten einer Anzahl von Suffragettes (Wahlrechtlerinnen) wurde scharf getadelt. Gemeint ist hiermit das Vorgehen einiger Frauen, welche in öffentlichen Versammlungen gingen, wo sie die dort sprechenden Minister oder Politiker fortgesetzt durch Zwischenrufe unterbrachen und die Versammlung störten. Mehrere Versammlungen konnten nicht eher ruhig zu Ende geführt werden, als bis die störenden Frauen beseitigt waren. Diese Taktik hat bekanntlich schon zu einer Reaktion geführt, in eine Versammlung von Frauen drangen Studenten ein und störten dort die Verhandlungen. Ein solches Verfahren müsse zu einer Mißkreditierung des Kampfes um das Frauenwahlrecht führen.

Mitglieder haben sich die Suffragettes ein anderes Kampfmittel ausgesucht. Sie drangen in mehrere Londoner Gerichtshäuser ein und riefen den Richtern zu, daß sie kein Recht hätten, über Frauen zu urteilen, auf Grund von Gesetzen, die nur von Männern gemacht seien. Mit diesem Vorgehen hat jedoch die National-Frauen-Union, an deren Spitze die bekannte Mrs. Pankhurst steht, nichts zu tun. Die Genannte erklärte ausdrücklich der Presse gegenüber, daß ihre Organisation nichts von dieser Taktik halte, sondern auf politischer Basis ruhe, und demzufolge auf dem Wege der Politik ihrem Ziele zustrebe.

**England und Japan.** Im Osten und Westen sind die Lebensbedürfnisse fortwährend im Steigen begriffen. In England weiß man, was Nahrungsmittel genügend zu liefern. In Japan beginnt man es zu lernen. Nicht nur Reis, der Hauptnahrungsmittel der Japaner, ist bedeutend teurer geworden, sondern alle zum Leben gehörenden Dinge. Dies führt natürlich zu der Forderung höherer Löhne, deren Ergebnis Streiks waren. In einigen Industriebereichen war dazu noch ein Niedergang zu verzeichnen, und dies führte zu einem Versuch, die Löhne herabzusetzen, und zwar mit dem unvermeidlichen Resultat. Wie grotesk England und Japan sich bezüglich der wirtschaftlichen Situation ähneln, zeigen folgende Zeilen im „Japan Weekly Chronicle“:

„Die Porzellanarbeiter von Supe-Mura, Distrikt Ena, in der Präfektur Eifu, traten in den Ausstand. Das Dorf ist der Mittelpunkt der Porzellan-Manufaktur in der Präfektur. Wegen der geringen Exportfähigkeit der letzten Zeit beschloffen die Arbeitgeber in einer Versammlung, die Löhne herabzusetzen. Dieser Beschluß wurde den Arbeitern mitgeteilt, die hierauf dagegen protestierten. Sie waren der Meinung, daß ihr Leben bereits schon schwerer sei, als vorher, wegen der veränderten Lebensverhältnisse und forderten, daß die Löhne eher erhöht als erniedrigt werden sollten. Ihr Protest wurde ignoriert, worauf die Arbeiter in den Ausstand traten.“

**Der hl. Synod auf dem Gang nach Throustücken.** Die Schwarzhändler aller Grade und Perle machen sich an die eifrigsten Devotierten, um sie für die Verteidigung der Selbstherrlichkeit zu gewinnen.

In diese ehrenhafte Angelegenheit mischte sich auch der hl. Synod und legte auf einer seiner letzten Sitzungen folgende Verordnung fest:

„Da die Erfahrungen der ersten und zweiten Duma gelehrt haben, wie schwer es den geistlichen Mitgliedern der Duma fiel, eine der geistlichen Würde entsprechende Lebensweise in Privatwohnungen zu führen, beschloß der Synod in Anbetracht der zahlreichen Vertreter der Geistlichkeit in der Duma, ein dem Mitrosanischen Kloster gehöriges Gebäude allen geistlichen Deputierten, die dort wohnen und essen wollen, zur Verfügung zu stellen.“

Nur Beschränkung der Kosten des gemeinsamen Zusammenwohnens im Mitrosanischen Kloster wurde eine bestimmte Summe aus den Mitteln des Klosters genehmigt.

Niemand als der hl. Synod weiß besser, wie die heiligen Väter weltliche Güter zu schützen verstehen. . . .

**Streitbrecher-schicksal.** Das Uebereinkommen, durch das der langwierige Streit der Getreideverleger im Rotterdam-Hafen beendet wurde, enthält bekanntlich neben einigen Vorteilen für die Streitenden, wie die Kohnerhöhung, auch einzelne Bestimmungen, die ihnen maßmäßig erscheinen mußten, darunter die, daß die von den Stauerunternehmern angestellte Streitbrecherkolonne der „Colandrotter“ als „feste“ Leute von den Unternehmern angenommen werden sollte, während die am Streit beteiligten gewesenen Arbeiter nur noch in solchem Arbeitsverhältnis stehen sollten. Zunächst hat nun der Unternehmerverein einmal 300 dieser Streitbrecher aus seinen Diensten entlassen. Diese haben nun wohl das Recht, von den einzelnen Unternehmern als „feste“ Arbeiter angestellt zu werden; aber nur wenige melden sich dazu, die meisten scheuen sich eben, mit den Arbeitern, an denen sie während des Streiks zu Verdrätern geworden sind, zusammen zu arbeiten. Wie lange die wenigen, die es wagen, den redlichen aufgeregten Arbeitern unter die Augen zu treten, anzuhalten werden, das ist natürlich noch fraglich.

**Marokkanische Schmerzen.** Aus Oran erhalten Londoner Morgenblätter die übereinstimmende Meldung, daß sämtliche marokkanische Stämme ein längeres Krieg zwischen Marokko und Algerien sich unter der Führung der Stämme der Zemisten vereinigt haben, um den heiligen Krieg gegen die Franzosen zu führen. Die Marokkaner wollen nicht nur die Franzosen aus Libyen und aus Marokko überhaupt vertreiben, sondern auch einen Einfall nach Algerien unternehmen.

Ein netter Wiener und sein Empfang. Der neue österreichische Minister Abrahamowitz stellte sich Dienstag im Abgeordnetenhaus als Minister dem Reichstag vor. Dies gab Anlass zu furchtbaren Tumulten, welche eine ganze Stunde dauerten. Die Abgeordneten, Sozialdemokraten, Deutschradikale und Katholiken riefen zuerst: „Was, Abzug“ und lösten dann aus dem Protokoll alle gegen Abrahamowitz 1897 gerichteten Insulten „alter Verbrecher, schamloses Gabeln, Pferdcheln, hängen soll man dich vor.“ Auch das Bild Abrahamowitz als Schurke wurde gesehelt. Hunderte von Anstaltspostkarten mit dem von R. zur Zeit als Präsident veranlassenen Einzuge der Polizei in das Parlament im November 1897 wurden verteilt. Abrahamowitz sah mit keinem Gesicht mitten im Konzeß und lächelte frech, wenn ihm eine Parteigenossin prahlte.

Die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Duma-Abgeordneten. Vor einigen Tagen fand in Petersburg eine zahlreich besuchte Arbeiterversammlung von Gewerkschaftsmittgliedern statt, auf welcher die Frage von der Lage der Gewerkschaften erörtert wurde. Die Versammlung konstatierte, daß die Repressalien von Seiten der Administration, die mit jedem Tage immer größere Dimensionen annehmen, die Existenz der Gewerkschaften nicht nur wanken, sondern fast unmöglich machen. In Anbetracht dessen beschloß die Versammlung, den Genossen Potolajew, Vertreter der Petersburger Arbeiter in der Duma, zu bitten, er möchte eine Interpellation über diese Repressalien im Namen der sozialdemokratischen Fraktion einbringen.

Ein Richter als Sozialist. Richter Willis vom South-ark Bezirksgericht in London, erklärte sich während einer Verhandlung in vergangener Woche öffentlich als Sozialist und wies einen jungen, der den Angeklagten als Sozialistenfreund und Anarchist hinführte, in die Schranken. „Sprechen Sie nicht so“, sagte der Richter. „Ich bin ein Sozialist. Sozialismus umfaßt alles, was gut ist und es ist mir gleichgültig, ob der Mann Anarchist ist, obgleich ich selber bin. Alle diese Dinge haben ihrer Bestimmung. Ich glaube, daß mein Sozialismus, der aus Individualismus entstanden ist, zu den höchsten moralischen Sanktionen führt, und daß manche unserer besten Bürger anarcho-sozialistischer Weise als Anarchisten verfahren.“ Was würde man in lieben Deutschland mit diesem annehmen Richter anfangen?

Verbrechensprozeß in Frankreich. Der Gerichtshof hat den Verwalter des Sozialistenblattes „Droit au Peuple“ (Volkrecht) freigesprochen, welcher beschuldigt war, im verflochten Juni die Artikel verfaßt zu haben, welche die Soldaten aufforderten, nicht scharf zu schießen, wenn sie nach dem Schauspiel der Winger zurück nach Belgien entlassen werden sollten.

Gegen die preussische Polenvorlage. Gegen die preussische Polenvorlage machen auch die Slawen im Auslande mobil. Der Polenklub des österreichischen Reichsrats sowie sämtliche slawischen Parlamentsgruppen, mit Ausnahme der Ruthenen, beschloß, Protestklagen gegen die preussische Polenvorlage abzugeben.

Die Abgenossen auch zum ersten Mal. Die Beschlüsse des Parlaments gegen das Ministerium des Reichens stimmen. Sie bezwecken damit nicht eine Kündigung gegen die Person des Ministers des Reichens, Baron v. Beckersheim, sondern protestieren gegen dessen Politik mit Deutschland.

Der Remberger Gemeinderat hat ebenfalls beschlossen, sämtliche Abgeordnete aufzufordern, im Reichsrat und in den Delegationen eine heftige Agitation gegen die preussische Polenvorlage einzuleiten.

In einer Anfrage an den Präsidenten verweist der Abgeordnete Skowbin ski, Obmann des Polenklubs, auf die im Deutschen Reichstage beim im Preussischen Landtage eingebrachten zwei antipolnischen Vorlagen, die in Wirklichkeit als antikulturell bezeichnet werden müßten und geeignet seien, die Grundlagen des Rechtes und der internationalen Beziehungen im Bewusstsein der Völker zu untergraben. Den Polen solle im Deutschen Reich ihr natürliches und verfassungsmäßig gewährtes Recht entzogen werden, sich in Versammlungen ihrer Sprache zu bedienen und in den überwiegend polnischen Ländern Preussens solle die preussische Niederdrückungskommission darüber entscheiden, ob und in welchem Ausmaß den Polen ihr Besitz von Grund und Boden samt Zubehör gelassen werden soll, ohne Rücksicht darauf, daß diese seit Jahrhunderten in ihrer Heimat anwesend seien. „Wir können uns nicht mit dem Gedanken befassen, daß es möglich wäre, für solche in der Geschichte eines Kulturvolkes unerhörte und der gesamten Zivilisation des Weltes schlagenden Vorlagen eine Mehrheit der Vertreter des deutschen Volkes zu finden. Wir sind überzeugt, daß solche nie durchgeführten Maßnahmen, die zur Ausrottung eines Volkes führen müßten, dessen Schuld lediglich darin besteht, daß es auf seine natürlichen Rechte, seine Sprache, seinen Grund und Boden, nicht verzichten kann und darf, ihren Zweck verfehlen müssen und zur Erschütterung des lebendigen Organismus auch des deutschen Volkes und seines Bündnisses mit Österreich-Ungarn beitragen werden.“ (Lebhafte Beifall.) Als Repräsentantin des polnischen Volkes in diesem Hause erachte der Reichens Partei es als ihre heilige Pflicht, gegen solche Anschläge der preussischen Regierung auf die angeborenen Rechte des polnischen Volkes, auf die vertragsmäßig erworbene Rechte der österreichischen Staatsbürger im Deutschen Reich, auf die Grundlagen der christlichen Kultur und des Rechtes feierlichen Protest zu erheben und an alle berufenen Stellen der Monarchie, sowie an die Vertreter aller Volksstämme die Aufforderung zu richten, zu ermägen, wozu eine solche Politik führen müßte.

Der Abgeordnete Skowbin ski legte verschiedene Eingaben gegen diese Einmischung in die Angelegenheiten des Deutschen Reiches ein und richtete die Frage an den Minister, ob er nicht der Ansicht sei, daß das Vorgehen des Antragstellers geeignet ist, den österreichischen Staat in die schwerste Gefahr zu stürzen. Der Präsident bedauerte, daß Mißbrauch mit der Geschäftsordnung getrieben wurde und appellierte an die Einsicht der Parteien, um bei der Reform der Geschäftsordnung mitzuwirken.

Auch sonst ging es im österreichischen Abgeordnetenhaus wieder einmal so munter zu, daß es beinahe zu Tätlichkeiten kam.

### Kleine Auslandsnachrichten.

Aus Paris wird gemeldet: Als Nachfolger von Secourte wurde der Volkskassendirektor Theodor Vertheim zum französischen Volkskassendirektor ernannt. Dessenfalls ist er seit 17. Dez. — Abberufen wurde er in Odesa, welche Abends einen Unfallsplanen, warfen gegen ihre Verfolger mehrere Bomben. Fünf Polizisten wurden hierbei verwundet. Es gelang zwei der Attentäter festzunehmen.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. November.

\* Wippermüller ist noch nicht unschädlich gemacht. Wiederholt haben wir in unserer Blatte uns mit einem argen Schädlinge zu beschäftigen gehabt, mit dem Restaurateur, Stellenvermittler, Kaufmann etc., wie er sich gerade nennt, Karl Wippermüller. Seine Spezialität ist Haushälter und andere Leute mit kleinen Ersparnissen gegen „Laution“ bei sich in Stellung zu nehmen. Er nimmt dabei stets so viel, als er erlangen kann, 1000 Mark bis 1200 Mark, er gibt sich aber auch schon mit 500 Mark zufrieden, wenn er nicht mehr erhalten kann. Fast immer haben die Vertrauensvollen, hinterher beim Gewerbeamt herbeigeholt um Rückzahlung ihrer gestellten Kautionsgehalte. Von Wippermüller kann man im Guten nichts und im Prozeßwege schon lange nichts erhalten. Jetzt hatte er sich ein-

mal wegen mehrerer Kautionsrückstellungen vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis. Das Gericht hat ihn aber mit 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Also Vorwärts, der Wippermüller braucht Geld, denn abhaken wird er die Strafe nicht wollen. Wir vermuten nur, daß er trotz unserer Warnung wieder ein Opfer finden wird.

\* Gefunden wurden: ein Handtäschchen, ein Damenschirm und ein Portemonnaie mit Inhalt.

\* Abgehoben: eine goldene Brosche in Scheifensform, ein Teil eines Rings mit Brillanten im Wert von 700 Mark, ein Schmuckstück und ein Portemonnaie mit 21.55 Mk.

\* Taschendieb. In Haft genommen wurde ein Arbeiter, der in einer Restauration einem Eisenbahnkassierer ein Portemonnaie mit Inhalt und die Taschnur entwendet hatte. Vor Anlauf der Uhr, in welcher sich der Name Maszel eingraviert befindet, wird gewarnt.

\* Wilde Räder. Am 28. d. M. Nachmittags jagten ein auswärtiger Räder und ein Gasbrenner die Nikolaistraße entlang und überfahren einen Schulknaben, welcher erhebliche Verletzungen erlitt. Die beiden wilden Räder wurden in Haft genommen.

\* Kognoskierung. In dem Hause, welches auf der Palmstraße, Ecke Grünstraße, beim Absteigen von der Elektrischen Straßenbahn gestrichen und tödlich verunfallt ist, ist ein Tischler von der Neuen Laugengasse 18 erkannt worden.

\* Zur Ermittlung. Wer von dem festgenommenen Dieb Richard Janiga einen Spazierstock mit silberner Spitze gekauft oder sonst irgendwie von ihm erhalten hat, wird aufgefordert, sich alsbald im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums zu melden, um nicht in den Verdacht der Hehlerei zu geraten.

\* Beschlagnahme wurden: Drei Stück Ebenholz-Spazierstöcke, welche in den Monaten Oktober und Anfang November d. J. in Restaurationen gekohlen worden sind; ferner ein Geschloß-Dreirad, Marke „Opel“. Die Eigentümer dieser Gegenstände können sich im Zimmer 51 des Polizeipräsidiums melden.

\* Diebstähle. Aus einem Restaurationstokale auf dem Kegerberg wurde ein fast schwarzer, mittlerer Winterüberzieher mit einem merkwürdigen weißlichen, schwarzen Kängärustreifen, einreihig, schwarz und Sammetkragen, schwarzer äußerer Seitenteilschen, Futter mit schwarz und buntem Streifen, ganz klein kariert, nebst einem hellblauen und zu beiden Seiten je ein schwarzer Kängärustreifen; ferner ein schwarzer, steifer Hut und ein schwarzreißender Regenstich mit grünlicher Polsterung, gekohlen. — Einem Fräulein wurde auf dem Ring ein gelbes Portemonnaie mit 7 - 8 Mk. Inhalt entwendet.

### Stadt-Theater.

#### Die Rabensteinerin.

Schauspiel in 4 Akten von Ernst v. Wildenbruch.  
Der Hofpoet und Hofbrautier Wildenbruch lebt es, historische Probleme in dramatischen Gewande zu schildern. Daß es ihm aber mit der Rabensteinerin geklärt ist, möchten wir billig bezweifeln. Zwar werden wir in eine Zeit zurückversetzt, wo sich die vertriebenen Städtehände zum Schutze ihrer Waren gegen das Raubrittertum verteidigten, aber viel Wahrheit ist in den Personen und deren Handlungen nicht zu erblicken. Der Ritter von Rabenstein (Herr Bauer) haßt mit seiner jungen Tochter Verfaße (Fräulein Sauten) und seinen vier Gesellen (die Herren Müller, Stoll, Wälauer und Scholz) auf der Burg Waldstein. Von hier aus begeben sie sich auf den Weg nach Augsburg, um nach Nürnberg ziehende Hochzeitsreisende auszurauben. Die Tochter ist damit durchaus einverstanden, denn sie und ihre Hausgenossen wollen ja leben — wie sie erklärt. Der Raub gelingt ihnen auch — sie schleuen ein kostbares Schmuckstück — aber sie werden doch mit blutigen Köpfen heimgeführt. Der Ritter wird von dem jungen Welfer, dem Sohne eines reichen Patriziergeschlechts in Augsburg tödlich verletzt, aber auch letzterer wird schwer verwundet. Die „unholden“ Mitterknechte führen den jungen Welfer auf die Burg, wo sich das Herz der Mitterknechter scheinunglos zu ihm bekennt: sie retten ihm das Leben. Dann wird Welfer von seiner Verlobten, einer hochmütigen Kasketten aus einem ebenfalls reichen Patrizierhause zu Nürnberg abgeholt, und in das Elternhaus gebracht. Hier leben wir ein glückliches Familienleben: Der Sohn ist gesund und düstert nach Laten, er will übers Meer — nach Indien, kostbare Pluge holen, aber „mit dem Volke teilen“, worüber der hartgesottene Vater sehr erbost ist. Stöckelstahl aber löst sich alles in Wohlgefallen auf. Der Vater will ihm seine Witte gewähren, wenn er zunächst die Aufgabe übernimmt und durchführt, die Raubritterburg dem Erdboden gleich zu machen. Freudigen Herzens übernimmt der Sohn diese Aufgabe. Nach diesem Gespräch wird die Tochter des Ritters Rabenstein wiedergeführt, die das geraubte Schmuckstück zurückgeben will. Wieder Streit zwischen Vater und Sohn; ersterer beruft sich auf seine Vorrechte, letzterer auf seine Selbstherrschaft. Der Rittersknecht ist freies Volk! zugesagt worden und der Sohn verlangt, daß der Vater sein Versprechen halte. Dieser aber erimert den Sohn an seine Aufgabe, die Burg zu zerstören. Das geschieht denn auch. Nur von wenigen Getreuen umgeben, verteidigt die Mitterknechter das Schloß ihrer Väter. Die Knechte, die ehemals auf Raub auszogen und mordeten, erscheinen nun als Helden und edle Menschen, die ihr Leben für die Tochter in die Schanze schlagen wollen. Als Verfaße dann bei Erfüllung der Burg ihre verhaßte Nebenbuhlerin, die Verlobte des jungen Welfer erblickt, erschließt sie sie. Nachdem die Burg zerstört, wird die Mitterknechter gefangen genommen, als sie ihre Schuld eingestanden, die Verlobte des jungen Welfer erschossen zu haben. Im letzten Akt finden wir Verfaße im Kerker. Ihr Geliebter, der Feldhauptmann erscheint. Eine Aussprache findet statt, in der verschiedene Mißverständnisse aufgeklärt werden. Zu guter Letzt müssen wir den arseligen Anblick durchkosten, die Mitterknechter im weißen Gewande mit verbundenen Augen auf dem Marktplatz zu sehen. Der Hentler steht hinter ihr und ringsherum ein zahlreiches Publikum, das dem blutigen Schauspiel zusehen will. Doch es kommt ganz anders. Der junge Welfer verlobt sich vor den Eltern und der Menge ihr Leben, er läßt ihre Fesseln und führt sie den Eltern zu. Die Mutter ist bewegt und tritt zum Sohne. Der alte Welfer preußt sich lange, aber schließlich wird er butterweich angesichts der Tatsache, daß sein Sohn ihn verlassen könnte.

Das ist des Schauspielers ungefähre Inhalt. Der Dichter wollte uns die Gegenfälle Pflicht und Liebe darstellen, aber er kann uns doch nicht darüber täuschen, daß es ihm durchaus nicht geklärt ist. Es ist weiter nichts als eine rührselige, idealisierte Märchengeschichte, in die manche schöne Stelle hineingeflochten ist, aber in der Entwicklung der einzelnen Personen sehr unklar erscheint.

Das Spiel war allerdings glänzend. Fräulein Sauten als Rabensteinerin, Herr Wölfram als junger Welfer, Herr Bauer als Ritter, Herr Johow als der großmächtige Patrizier Welfer, Fräulein Selbrand als Verfaße, Verlobte des jungen Welfer und besonders Herr Müller als Knecht des Ritters verdienen alles Lob. Auch die Nebenrollen waren gut besetzt. Das stark besetzte Haus war ganz enthusiastisch und gerührt und klatschte so oft, daß es sich bei den schönsten Stellen unangenehm bemerkbar machte. Ließe es sich nicht, wie in anderen Städten, auch in Breslau durchzuführen, daß der die Empfindung der fahrende Volk am Schluß der Vorstellung gesendet wird?

### Neueste Nachrichten.

#### Die russische Botschaft.

Regensburg, 26. November. Die hiesige Polizeibehörde hat in der Schaniellung der „Goldener Venus“, die vom Belobrom-Variete-Theater in besonders auffälliger Weise als „Rote Frauenzünfte“ in der „Rosa“ angekündigt

worden war, verboten. Manabend ist das auch von der Regierung gebilligte Vorgehen der Polizeibehörde war hauptsächlich der Umstand, daß bei einer derartigen Schaniellung, die vielfach nur vor halbbrüchigen Personen bei derlei Geschäften besetzt werden, von irgendwelchen abhelfenden Rücksichten und künftigen Interessen durchaus nicht gesprochen werden könne. Auf diesem Standpunkt hat sich nun auch das bayerische Ministerium gestellt, das die von dem Besitzer des Belobroms eingelegte Beschwerde loszufällig abgewiesen hat.

### Ein Zentrumsprinz als Volksvertreter.

Trien, 29. November. (S. L. B.) Bei der gestrigen Reichstagswahl für den verstorbenen Abg. Dastbach wurde der Zentrumskandidat Erzbischof von Wienstein mit großer Majorität gewählt.

### Beutel auf!

Berlin, 29. November. (S. L. B.) Die Veratungen zwischen dem Kolonialamt und dem Reichskriegsamt wegen Ergänzung der Kolonialbahnen sind wieder aufgenommen worden. Man hofft, in den nächsten Tagen die Forderungen definitiv fixieren zu können und dem Reichstage noch vor Weihnachten die betreffende Vorlage angehen zu lassen. Dem Vernehmen nach wird die ostafrikanische Zentralbahn in der Vorlage nicht gefordert werden.

### Schrecklicher Brückeneinsturz.

London, 29. November. (S. L. B.) Bei Arbeiten an der Blackfriars-Brücke über die Themse kürzte gestern Nachmittag ein 20-Tonnen wiegender Eisenbogen ein und riss einen Teil des Gerüsts ins Wasser. Zwölf Arbeiter wurden in den Strom geschleudert. Bis jetzt konnten nur zwei gerettet werden. Acht Arbeiter sind schwer verletzt ins Spital gebracht worden, wo bereits einer gestorben ist. Mehrere befinden sich in kritischem Zustande. Viele Verwundete sind schrecklich gerichtet.

### Neue Judenverfolgungen.

Odesa, 29. November. (S. L. B.) Mitglieder des russischen Volkes imgezeiten gestern große Exzesse gegen die Juden. In den Hauptstraßen wurden Juden von Gruppen der Schwarzen Hundert mißhandelt und verwundet. Bei Juden wurden lebensgefährlich verletzt ins jüdische Krankenhaus gebracht. Der jüdischen Bevölkerung, namentlich in den äußeren Stadtteilen hat sich eine große Panik bemächtigt.

Berlin, 29. November. (S. L. B.) Die Zentrumskolonialpolitik gestern Vormittag eine fraktionale Sitzung ab, um über die neue Polenvorlage zu beraten. Dem Vernehmen nach wird der Abg. Vorck in der heutigen ersten Beratung im Namen der Zentrumskolonialpolitik zu sprechen haben.

Berlin, 29. November. (S. L. B.) Wie das „Lanzblatt“ meldet, wird Kommerzienrat Mendelsohn Bartholdy als ihm angebotene Amt als Präsident der Reichsbank unter keinen Umständen annehmen.

### Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

\* Der Metallarbeiter-Verband hält am kommenden Montag, den 2. Dezember, Abends um 8 Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses eine General-Versammlung ab, in der nach einem Vortrag die Neuwahl der Ortsverwaltung und der Parteidelegierten vorgenommen werden wird. Bei dieser wichtigen Tagesordnung ist zahlreiche Beteiligung dringend nötig.

\* Aktion, Innensprenger! Mittwoch, den 4. Dezember, Abends 7 Uhr findet im Gewerkschaftshaus unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Villardzimmer statt. Alle Kollegen haben in dieser Versammlung zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Unsere gegenwärtige Lage im Bürgergewebe. Referent Kollege Aufst. 2. Neuwahl eines Delegierten.

Kerner den Kollegen zur Kenntnis, daß der nächste Jahrtag Sonntag, den 1. Dezember, von 9—12 Uhr stattfindet. Auch werden dabei die Karten vom Stiftungsfest abgerechnet. Der Vorstand.

### Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

L. Pachtwitz. Haben Sie ein jährliches Einkommen von 900 Mark und darüber, so können Sie zur Staatssteuer herangezogen werden und müssen zahlen.

Metallarbeiter, Viktoriasstr. Bitte, kommen Sie recht bald zu uns.

H. D. Ein Mann darf nicht vor dem vollendeten 21. Lebensjahre eine Ehe eingehen.

D. S. W. S. Die Haussteuer haben Sie zu bezahlen, durch Lohnpändura kann sie aber nicht beigetrieben werden.

### Verkehrs-Kalender.

#### Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 30. November: Zimmerer. Jeden Sonnabend: Kahlbad.

Sonntag, den 1. Dezember: Hammer und Silfarbeiter. Mitglieder-Versammlung. Vor-

mittag 11 Uhr. Zimmer Nr. 1.

Montag, den 2. Dezember: Ausschussung des Arbeiterfängerbundes. Abends 8 Uhr im Zimmer Nr. 5.

Mittwoch, den 4. Dezember: Zentral-Verband der Schuhmacher. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr im Zimmer Nr. 2.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Süd).

#### Sand-Distrikt 8.

Bezirk 1 u. 1a (Dürrgoy u. Schönstraße). Sonntag, den 1. Dezember, Vormittags 9 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder bei Michael.

#### Sand-Distrikt 9 (Zichaustr.).

Montag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr: Distrikts-Zusammen-

kunft bei Gunter. Tagesordnung: 1. Die nächste Volkswahl-Agitation

2. Abrechnung der Bezirkskassen.

#### Sand-Distrikt 10.

Bezirk Schottwitz, Friedewalde, Sawallen und Grün-

eiche. Sonnabend, den 30. November, Abends 7 Uhr: Zusammen-

kunft. Mitglieder-Mitbringen.

#### Sand-Distrikt 11.

Bezirk 1, 2 u. 3. Sonntag, den 1. Dezember, Vormittags

10 1/2 Uhr: Kahlbad in den bekannten Kaffeehaus.

#### Sand-Distrikt 12 (Wipplowitz).

Sonntag, den 1. Dezember, Vormittags 10 Uhr: Abrechnung

der Bezirkskassen bei Glemmig.

Bezirk 5, 6 u. 7. Sonntag, den 1. Dezember, Vormittags

7 1/2 Uhr: Zusammenkunft bei Glemmig, Kohnenstraße 60.

Reiterwitz-Steindorf. Bauerbeiter. Sonntag, den

6. Dezember, Nachmittags 8 Uhr: Mitglieder-Versamm-

lung im Lokale des Herrn Knipel in Steindorf. Mitglieder-Mit-

bringen.

# Genossen!

Ein grosser Posten

## Paletots, Pelerinen, Joppen, Anzüge u. Hosen

In allen Grössen und Farben  
verkaufe ich zu **staunend billigen Preisen.**  
Nur gute Qualitäten. Beste Verarbeitung.  
Jeder überzeuge sich!

### Kaufhaus Germania

(Inh.: Paul Gips)

Gräbschenerstrasse No. 41,  
Ecke Friedrichstrasse.

Leistungsfähigstes und billigstes

## Huthaus

nebst Reparatur-Anstalt

### A. Weinfeld

Inh.: Heinrich Purmann

Nikolaistr. 77, vis-à-vis  
Ellenbühlstr. 68  
Anerkannt grösste Auswahl.



Gute und billige Schuhwaren  
besteht aus den besten von

### Robert Kretschmer,

Schuhmachermeister,  
Friedrich-Wilhelm-Strasse Nr. 52.

Grösste Auswahl in eigener Handarbeit, erstklassige Fabrik-  
Schuhwaren, echte russische Gummischuhe, Holzschuhe,  
Fitzschuhe sowie Holz- und Sommerfelder Pantoffeln.

10% Rabatt

gewähre auf sämtliche

## Korsetts

Unterröcke, Weißwäsche, Reformbekleider, Schürzen,  
Strümpfe, Handschuhe, Untertalben etc.

Louis

### Freudenthal

Breslau, Ohlauerstrasse 80.

## Paul Pluntke



Schirmfabrik  
Friedrich-Wilhelmstr. 38  
vis-à-vis „Deutscher Kaiser“.

Vorteilhafteste u. billigste Bezugsquelle in  
Regenschirmen, Krawatten,  
Handschuhen, Herrenwäsche etc.  
Bekannt reelle Bedienung.  
Etwas Neuheiten.

Filiale: Albrechtsstrasse 51, Ecke Schuhbrücke.

Spezialität: Regenschirme von den billigsten bis zu den  
eleganteren Genres. — Spazierstöcke.

Aufsehend erregend billige Preise.  
Massen-Ausverkauf.

Jüden, Julettis, Gardinen,  
Wachstuche, Barchende, Flanelle, Hemden,  
Schürzen, Plusen, Arbeiter-Konfektion.

Schuhwaren für Herren, Damen u. Kinder  
**Dittmar Hamburger,**  
Friedrich-Wilhelmstrasse 86.

Wichtig für Hausfrauen!

## Röst-Kaffee

in vorzüglich zusammengepackter Spezialität,  
A No. 74, 98 Pf., 1.18 Mk. uho.

sowie sämtliche Kolonialwaren liefert zu auffallend billigen Preisen die

### Kaffee-Rösterei

### Benno Neumann,

Residenz: Friedrich-Wilhelmstrasse 82.  
Filiale I: Friedrich-Wilhelmstrasse 84.  
II: Goldenen Weggasse 1.  
III: Wöpelwitzstrasse 35.  
IV: Berliner Chaussee 130.

Vorteilhafteste Bezugsquelle

für

## Taschenuhren, Regulateure,

Stand-, Wand- u. Wecker-Uhren in jeder Preislage.

Gold- u. Silber-Waren sowie Brillen, Placanz u. Theatergläser.

Uhren-Aufziehen im Abonnement.

Für jede Uhr 3 Jahre Garantie.

Preislisen, Auswahlsondungen.



**Carl Neufeld,** Bohrauerstrasse 9,  
am Hauptbahnhof.

## Berthold Riedel

21 Friedrich-Wilhelmstrasse 21

Barchend-Unterhosen und Jacken  
Strickwesten und Sweaters für Herren und Knaben, Trikot-  
hemden und Hosen für Herren, Frauen und Kinder, Gewalke  
blane Unterjacken, Kries-Unterhosen, Strümpfe und Socken  
zu billigen Preisen. 5742

Zur Aufklärung!

Dr. Schmeissers Samen-Würfel dient nicht  
nur vielfach wirksamem Ankommenen wird  
als Schutz- oder Befruchtung für kranke  
Frauen, sondern zur Vermeidung Fruchtlosigkeit  
bestimmen eben irgend welche weitere Sätze

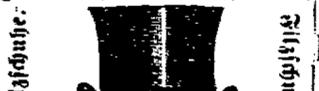


General-Depot Alfred Rentschel,  
Zell. 7003. Breslau 1, Leffingstr. 7.

Das älteste, fachmännisch geleitete  
Hut-Geschäft vor dem  
Nikolaitor ist das vom

## Hut-Kanke

Inh.: Joh. Tessmer  
Friedrich-Wilhelmstr. 23.



Hüte nur gute, reelle,  
Qualitäten, für  
Herren und Knaben.

Mützen, Stöcke, Schirme  
zu billigsten Preisen.

Annahme sämtl. Hut-Reparatur.

Irish geröstete  
**Kaffees**

1/2 Pfund 45, 40, 35, 30,  
25 und 20 Pf.  
best. weißer Farin p. Pfd. 20 Pf.  
Weizenmehl 00 - - 17 -  
neute Pflanzen - - 24 -  
7. Sonstiges 1/2 - - 25 -  
7. alter Rum Liter 1,00 Mk.

**Franz Gröschel**  
Leuthenstrasse 60  
Auf alle Waren 5% Rabatt.

Praktische und gediegene

## Weihnachts-

## Geschenke

sind

## Gummischuhe

für Damen von 2.50  
für Herren von 3.50

## Schneestiefel

mit Filzlutter  
vollständig wasserdicht  
für Mädchen von 3.90  
nur so lange der Vorrat reicht.

## Glacé-

## Handschuhe

bekannt nur gediegene Fabrikate,  
warm gefüttert von 1.90 ab.

## Engl. Nappa

seit Jahren beliebter Artikel,  
durchgefärbt, jede Nacht gesteppt,  
so lange der Vorrat reicht  
zu alten Preisen nur 2.50.

Bunte u. weisse Oberhemden  
Kragen, Manschetten  
Krawatten, Cachenez  
Herrenhüte, Regenschirme  
Ballfächer, Portemonnaies  
Zigarettaschen etc.

in bekannt grösster Auswahl  
zu unerreicht billigen, streng  
festen Preisen.

Caesar Chaffak Nehf.  
**S. Lewandowski**

Ring 12, Ecke  
Neubau.

**Pelzwaren**

Hüte und Mützen, Neheiten der  
Saison, brasilische Weihnachts-geschenke,  
riesig großes Lager, kauft man nur billig  
und reell beim Kürschnermeister [5389  
F. Paul, Friedrich-Wilhelmstrasse 9,  
am Hauptbahnhof.



## Goldene Trauringe

8 Karat  
100 gesetzl. gestempelt  
Paar 6, 8, 10, 12, 13, 16 Mk.  
14 Karat  
585 gesetzl. gestempelt  
Paar 20, 22, 23, 28, 30 Mk.

**Feingold**  
800 gesetzl. gestempelt  
Paar 38, 42, 48, 54, 60 Mk.

Durch Massenherstellung im  
Groszbetriebe bin ich in der Lage,  
äusserst billig liefern zu können.

Schriftliche Garantie.  
Gratieren gratis.

**Paul Alter,**  
Kupferschmiedestrasse 10.  
Bitte auf Firma achten!

## Möbel, Spiegel, Polsterwaren

in eigener Werkstatt von nur besten  
Materialien gefertigt. 53

Kein Abzahlungsgeschäft  
gehört aber gern Zeitabteilung.

Preise enorm billig.

Büchergarnitur	100 Mk.
Salontisch	18 -
Trument mit weis. Polster	60 -
Schrank	60 -
Vertilko	45 -
Spiegel mit Schränkchen	35 -
Stuhl in gutem Stoff	36 -
Wettische mit Matrasse	36 -
Robstuhl mit hoher Lehne	4 -

Seppide, Läuter. Uhren,  
Pianos, erstkl. Fabrikat  
und sämtl. and. Ausstattungsstücke nur bei

**F. Pauer, Sandstr. 5.**



## Schütze's Musikhaus

(früher J. Plan)  
**!! Ring No. 57 !!**

Harmonika-Fabrik und  
Musik-Instrumenten-Lager

empfiehlt sein großes Lager von  
sämtlichen 5073

Musik-Instrumenten  
Reparatur-Werkstatt  
aller Musik-Instrumente.

Recht u. billig  
kaufen Sie

## Uhren

und  
Gold-

waren  
Ketten  
Ringe

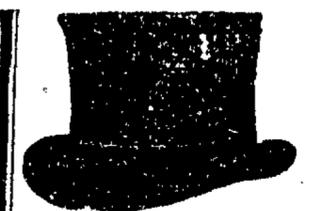
riesige Auswahl bei

**Arnold Rosenthal**  
Schweizer Uhren-Fabrikate  
Breslau, Neue Schweidnitzerstr. 5.

Silb. Fem.-Uhren v. 10 Mk. an.  
Gold-Damen-Uhr v. 15 Mk. an.  
Für jede Uhr 3 Jahre Garantie.

**Zigarren**  
bester Qualität  
empfiehlt 4329

**J. Blusohke**  
Neudorfstr. 64, Ecke Brunnenstr.  
Filiale: Lehnstr. 59, an der Sedanstr.



## Albert Barth

Gräbschenerstr. 12,  
Adalbertstr. 2.

Billige Bezugsquelle für  
Güte und Nutzen,  
Fitzschuhe.  
Streng reell. 5082

## Arbeiter-

## Garderobe

wie Blusen, Monteur-Jacken, Hosen,  
Walkjacken und Strickwesten,  
Berufsbekleidung für alle Branchen  
billigst nur bei 5443

**Paul Schleif**  
Matthiasstrasse 124.

Tricotagen 5709  
Wäsche, Strawatten  
Kinderkleidchen  
Knabenanzüge  
Mützen und Hüte  
Blusen, Stoffmützen  
Spielwaren und Puppen  
Handschuhe, Strickgarn

billigste Preise  
mit 4% Rabatt.

**Ad. Philipps Restaurant**

Zel. 7410 Neberberg 4 Zel. 7410  
empfiehlt sein Lokal den Gewerkschaften  
und Parteigenossen einer geschätzten  
Beachtung. 5590

Jeden Sonntagabend Eisbein.  
Kleines Vereinszimmer zu vergeben.

**Paul Kasowsky**  
Hut-Fabrik u. Lager

Mützen, Fitzschuhe  
Annahme von Reparaturen -  
Mehlgasse 38 40. [5444

**Trauott Friedrich**

Friedrich-Wilhelmstrasse 85.  
Bringe allen Bekannten u. Genossen meine  
Papier- u. Schreibwaren-Handlung  
in empfehlende Erinnerung.  
Zigarren und Zigaretten.  
- Neues Fabrikat. - [5029  
Friedrich-Wilhelmstrasse 85.

**Damen-Fitzhüte**

billig direkt in der Fabrik  
Neue Graupenstrasse 11, Hof,  
Fraund & Krohn. 4319  
Fitzhüte werden modernisiert.

## J. Schneider

Gräbschenerstrasse 47  
große Auswahl von

Herren-,  
Damen- und  
Kinderschuh

sowie 5666

## Fitz-Schuhen

in allen Größen  
zu billigsten Preisen.

Bringe allen Parteigenossen und  
Gewerkschaftlern mein

**Kohlen- und Holz-Geschäft**  
in empfehlende Erinnerung.  
Preise wie am Bahnhof.

**Paul Matschke,**  
früher Thannhäuser  
Berliner Straße Nr. 47.

**Arbeiter-Frauen!**

bezieht Euch bei Ein-  
käufen stets auf die

**„Volkswacht“**

Überraschende Neuheit

# Persil

Modernes Waschmittel  
für jede Waschmethode passend

## Henkel & Co. Düsseldorf.

vollständig  
ungefährlich  
kein Waschbrett  
kein Bürsten

Zu haben in allen Kolonialwaren-, Drogerie- und Seifen-Geschäften.

4426 Filiale: Lehnstr. 59, an der Sedanstr.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 29. November.

### Geschichtskalender.

29. November.

- 1802 Der Dichter W. Hauff in Stuttgart \*.
- 1803 Der Architekt Gottfried Semper in Hamburg \*.
- 1839 Der Dichter Ludwig Anzengruber in Wien \*.
- 1848 Massenausweisungen aus Berlin.

### Aus dem Stadtparlament.

Von der außerordentlich reichhaltigen Tagesordnung der gestrigen Sitzung haben unsere Stadtväter gestern nur einen verhältnismäßig geringen Teil aufzuarbeiten vermocht, obgleich die Sitzung sich bis nach 7 Uhr ausdehnte. Zwei Vorträge waren es, die zu sehr ausgedehnten und zum Teil recht interessanten Redegesprächen führten. Im Vordergrund stand die Vorlage über die Krankenversicherung der Heimarbeiter. Sie gelangte in der Ausschussfassung zur Annahme; einen ausführlicheren Bericht darüber geben wir an anderer Stelle dieses Blattes. Eine zweite Vorlage, um die sich ebenfalls eine längere Debatte entspann, war der bekannte Antrag des Magistrats, der dahin geht, einen früher gefassten Beschluss, daß die Kosten der Schulhausneubauten jedes Jahr spezialisiert in den Etat eingestellt werden sollen, wieder aufzuheben und zur früheren Art der Etatierung des Schulhausneubaus mit einer Pauschalsumme zurückzuführen. Der Verfassungsausschuß hat sich trotz der Bedenken des Herrn Dettlinger, der das Staatsrecht der Stadtverordnetenversammlung durch das Pauschale eingengt sieht, davon überzeugen lassen, daß von einer Schmälerung des Staatsrechts in diesem Falle keine Rede sein könne und empfahl deshalb durch seinen Berichterstatter Stadiv. Dr. Reijer die Annahme des Magistratsantrages. Noch einmal versuchte Herr Dettlinger sein Einverständnis — denn er ist der Vater der spezialisierenden Etatierung — zu retten, da bei der Pauschalbewilligung den Stadtverordneten jede Kontrolle verloren gehe; und auch Herr Hamburger, der sich so gerne als Spezialist auf dem Gebiete des Schuletats aufspielt, konnte es sich nicht verkneifen, noch einmal sein Unschicklichkeiten leuchten zu lassen. Immerhin war selbst dieses Stimpfen hell genug, um Herrn Hamburger in seiner ganzen unreaktionären Gesinnung ersähen zu lassen. Mit Recht warf ihm unser Genosse Löbe vor, daß Herr Hamburger sich in Schulfragen stets als Fremder der anerkennenswerten Fürsorge des Magistrats gesetzt habe. Im übrigen vertrat Löbe den Standpunkt, daß durch die Etatierung im Pauschale das Staatsrecht der Stadtverordneten nicht gefährdet sei, da es ja in der Hand der Versammlung liegt, die Höhe des Pauschales in jedem Etat neu zu bestimmen. Die Magistratsvorlage wurde denn auch angenommen, und es bleibt in Zukunft beim Pauschale.

Bei einer Vorlage über die Pensionen der nicht angestellten Handarbeitslehrerinnen erwiderte sich ein komisches Wettkampfen um die Günstigkeit der städtischen Arbeiter. Der Magistratsantrag, der übrigens angenommen wurde, verlangt nämlich, daß die Grundsätze des Gesetzes vom 10. Juni 1907 wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Pensionierung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen auch auf die nicht angestellten Handarbeitslehrerinnen Anwendung finden sollen. Herr Stein vom schwarzen-blauen Kartell der Freien Vereinigung ergriff die Gelegenheit, sich und seine Partei als sozialpolitische Fortschrittler den Freisinnigen gegenüber zu erweisen, indem er anfragte, wie sich die Rechnung denn stellen würde, wenn die Grundsätze für die Pensionierung der Beamten auch auf die städtischen Arbeiter Anwendung fänden. Dieser gegen den Freisinn gerichtete Schlag mußte pariert werden. Sofort erhob sich der Stadivater Trentin und erklärte prompt, daß der Magistrat bereits grundsätzlich beschlossen habe, dieselben Grundsätze bei den Arbeitern anzuwenden.

Aus dem ohne Diskussion verabschiedeten Vorlagen seien die folgenden erwähnt: Es wurden genehmigt die Bauverträge des an der Dhlauer Chaussee errichteter Feuerwehrrhepots, die geforderte Verstärkung des Etats der Kanalisation für 1906 um 18,323 Mk., sowie eine Anzahl von Rechnungsprüfungen und Rechnungserinnerungen. Ferner eine Verstärkung des Bauhaushalts für 1907 um 3000 Mk., die für Reparaturen der Dampfmaschine erforderlich geworden sind. Zugelassen wurde auch ein Pauschalbetrag in der Höhe des Laurentiuskirchhofes mit der Kathedralstraße zum heiligen Johannes und einem Pauschalbetrag in der Friedrichstraße zwischen dem Markthallengrundstück und dem Kinderhospital zum heiligen Johannes, ferner einer Abänderung der Gemeindefeuerversicherung für die Stadt Breslau, die bedingt ist durch das Gesetz vom 22. Juni 1907 zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes, durch welches die Gemeindefeuerversicherung die Konsumvereine eingeführt wird.

Dem Ausschuss 4 überwiesen wurde der Antrag auf Festlegung des Fluchtliniensplans für das Gebiet zwischen Wein-, Michaels- und Lehmhamm.

Um 7 Uhr trat die Versammlung in eine geheime Sitzung ein, in der man einstimmig für die Wahl des Stadivaters Trentin als zweiten Bürgermeister eintrat.

\* Die soziale Fürsorge für die Heimarbeiter, die elendesten unter allen Industrie- und Gewerbetreibenden, ist gerade für Breslau mit seiner gewaltigen Konfektionsindustrie von größter Bedeutung. Und doch dürften sich die Aemter bisher in unserer Stadt nicht einmal des Krankenschutzes erfreuen. Nachdem die meisten anderen Großstädte längst vorangegangen waren, entschloß sich der Magistrat endlich vor etwa einem Jahre, den Stadtverordneten ebenfalls eine Vorlage zu unterbreiten, die die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden der Krankenversicherungspflicht unterwirft. Bald ging auch das Galosch los. Die Stadtverordneten beschloßen, abgesehen der Magistrats schon ein

selbstverständlich ablehnend ausgefallenes Gutachten der Handelskammer eingeholt hatte, noch einmal ein Gutachten dieser Vereinigung auszufordern. Sozialpolitische Reaktionen abzuwarten. Und dann wurde die Sache immer weiter verschleppt, bis die „Volkswacht“ Alarm schlug und die Öffentlichkeit auf diese Taktik aufmerksam machte. Dann endlich befahte sich der zuständige Ausschuß mit der Vorlage, und wirklich kam bei der Beratung auch etwas ganz Vernünftiges heraus: der Ausschuß ging noch über die Magistratsvorlage hinaus und beschloß, daß nicht die Zwischenmeister, sondern die sogenannten Oberarbeitgeber, die Firmen, für welche die Zwischenmeister arbeiten, die Arbeitsbeiträge zu zahlen haben.

Von neuem begann der Kampf. Von freisinnigen Juristen wurde eine abermalige Verschlechterung der Vorlage vorbereitet. Das Tollste aber war, daß noch in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten der „freisinnige“ Herr Hamburger einen letzten Verschleppungsversuch machte, der selbst seine engsten Parteifreunde in arge Verlegenheit setzte, so daß sie ihn sich ohne weiteres von den Hochschiffen schüttelten. Vor Eintritt in die Beratung stellte nämlich dieser Herr, der allerdings das Geld nicht kennt, ganz unermutet einen Verlagsantrag, er habe eben von dem Reichstagsabgeordneten Gothein ein Telegramm erhalten, wonach die Reichsregierung einen Gesetzentwurf über die Gläubiger der Heimarbeiter in die Gewerbeordnung vorbereite. Bis das erledigt sei, sollte man nach Herrn Hamburger die Vorlage zurückgestellt werden. Unser Genosse Löbe bezeichnete ohne Widerspruch diesen Antrag als den unerhörtesten, der ihm in der Stadtverordnetenversammlung je vorgekommen sei; für ein solches Gebahren fehle ihm jeder parlamentarische Ausdruck. Auch Herr Heilberg wies darauf hin, daß ein Grund für die Vertagung keinesfalls vorliege. Man könne eine so wichtige Sache nicht auf unbestimmte Zeiten vertagen. Herr Hamburger, der da fast wie ein begossener Pudel, zog seinen Antrag schleunigst zurück. Wir gönnen diesem Herrn die kräftige Abschuß von ganzem Herzen. Herr Gothein aber wird wohl auch noch mit ihm ein Süßchen zu rupfen haben; denn wir können nicht glauben, daß er seine Information dem Reaktionsär Hamburg zur Verfügung gestellt hat, um einen sozialpolitisch so wichtigen Fortschritt zu hemmen.

Der Ausschussantrag sieht folgende Änderungen vor:

Die Krankenkassen sind verpflichtet, den Oberarbeitgebern von den sie betreffenden An- und Abmeldungen sofortige Mitteilung zu machen. Bei Gewerbetreibenden oder solchen Meistern, welche für eine Mehrzahl von Oberarbeitgebern beschäftigt sind, hat die Kasse dem Oberarbeitgeber gleichzeitig von dem Verhältnis seiner Beitragspflicht Kenntnis zu geben. — Für die Einzahlung der Beiträge und Eintrittsgelder der Hausgewerbetreibenden und ihrer versicherungspflichtigen Hilfspersonen haften vorbehaltlich der Wiedereinziehung nach Maßgabe der §§ 53, 54 Absatz 6 des Krankenversicherungsgesetzes die unmittelbaren Arbeitgeber der Hausgewerbetreibenden, jedoch, falls diese als Zwischenpersonen die Beschäftigung vermittelt haben, diejenigen Gewerbetreibenden, in deren Auftrag die Waren hergestellt oder bearbeitet sind (Oberarbeitgeber). — Die Beiträge für die Hausgewerbetreibenden und für ihre versicherungspflichtigen Hilfspersonen sind zu zwei Dritteln von den Hausgewerbetreibenden und ihren versicherungspflichtigen Hilfspersonen, zu einem Drittel von den Oberarbeitgebern zu leisten. Das Eintrittsgeld fällt den Hausgewerbetreibenden und ihren Hilfspersonen allein zur Last.

Diese Änderungen wurden vom Ausschuß-Referenten Justizrat Reige (liberal) begründet. In seinen Schlussfolgerungen aber leitete Herr Reige ebenfalls auf den Verschleppungsantrag Ollendorfs ein, der darin besteht, daß die Beiträge der Arbeiter nicht gemäß § 2 des Krankenversicherungsgesetzes nach dem Durchschnittslohn, sondern nach Prozentsatz des tatsächlichen Verdienstes erhoben werden sollen. Herr Ollendorf, der wir schon bei anderen sozialpolitischen Gelegenheiten a. B. bei der Wärmehaushalter als Nichtwärtler kennen gelernt haben, wußte allerlei schöne Reden zu schmeißen, ohne damit doch die reaktionäre Tendenz seines Antrages verdecken zu können.

Sein Antrag entfiel eine lange Debatte. Stadivater Martz legte in ausführlichen Ausführungen dar, daß der Antrag Ollendorfs nicht nur unzulässig und praktisch undurchführbar ist. Dasselbe ist der Fall bei einem Antrage des Stadivaters Ehrlich II, der in ganz konfusser Weise die Oberarbeitgeber straflos lassen will, wenn der Zwischenmeister ein Verlangen verhandelt hat. Nachdem auch Stadivater Prucker für die Ausschussanträge unter Ablehnung der Anträge Ollendorfs und Ehrlich eintrat, weiß durch sie das Zustandekommen des Status nur gefährdet wurde, ergriff das Wort

Stadivater Löbe. Er begründete es, daß aus dem sehr langwierigen Verhandlungen endlich eine zufriedenstellende und lebensfähige Vorlage entstanden ist. Mehr als drei Jahre sind verfloßen, seit die Krankenkassen an den Magistrat mit dem Entschluß herantraten, den Heimarbeiter die Vergünstigungen der Krankenversicherung zu gewähren. Und vor einem Jahre bereits hat die Stadtverordneten-Versammlung ihre Zustimmung dazu im Prinzip erklärt, aber die Interessenten haben nachher noch wahre Berge von „Schwierigkeiten“ aufgetürmt, um die Annahme der Vorlage zu verhindern. Wenn der Ausschuß diese Bedenken schließlich kurzerhand beiseite geschoben hat, so ist es darin die wohlthätige Wirkung der öffentlichen Meinung (zuerst der „Volkswacht“), der sich der Ausschuß nicht entziehen konnte. Den letzten Kanonenschuß hat heute Herr Hamburger abgegeben, die Heimarbeiter haben ihn damit nicht beantwortet, die Krankenkassen auch nicht, welcher Interessent dann noch übrig bleibt, das müssen Sie sich selbst beantworten. (Zustimmung und Unruhe.) Aber auch in den Anträgen Ollendorfs und Ehrlich II sehe ich nur Rücksichtsgesetze, dazu bestimmt, das Zustandekommen der Vorlage hinauszuziehen (Widerpruch), ich bitte, sie alle abzulehnen. Wenn ein Zwischenmeister den Versicherungsanspruch nicht anzeigt, dann trifft ihn die Strafe und der Arbeitgeber, dessen Beitragspflicht damit durchaus nicht erlischt, kann auch sonst gegen ihn Repressalien anwenden, wenn er will. Unser Disstatut, das keine Strafbestimmungen enthält, braucht auch keine Ausnahmen davon festzusetzen. Auch der Antrag Ollendorfs ist eine unzulässige „Erklärung“ des Status. Wenn bei der Beitragsberechnung statt des durchschnittlichen Tageslohnes der wirkliche Verdienst festgesetzt wird, heißt das den Wechsel des Verdienstes bei den verschiedenen Personen, in den verschiedenen Jahreszeiten, bei Beschäftigungswechsel und Veränderung in der Warenqualität auf das Krankengeld und die Beitragspflicht übertragen, ein Verfahren, das den Krankenkassen wie den Arbeitgebern geradezu unüberwindliche Aufgaben aufwirft. Schwierigkeiten sind in der Materie gewiß vorhanden, aber die sind überwunden worden und die können auch bei uns eheiten überwunden werden von den Fachleuten, die in den Krankenkassen sitzen. Beenden wir das Disstatut mit solchen Dingen, dann kritisieren wir nur die Rückweisung vom Bezirksausschuß und die nochmalige

Verschleppung der Versicherung um ein halbes Jahr. Redner beantragt noch eine redaktionelle Änderung im § 3 und ersucht im übrigen um unveränderte Annahme des Statuts, damit dieser Winter der letzte sei, den die Heimarbeiter ohne Krankenversicherung durchmachen müssen.

Während nach dem Genossen Löbe auch die Stadtverordneten Heilberg und Reijer noch den Antrag Ollendorfs bekämpften, hatte dieser Herr seinen Antrag dahin abgeändert, daß durch das Statut die Erhebung der Arbeitsbeiträge nach Prozentsatz des tatsächlichen Verdienstes eingeführt werden solle. Auch dieser Antrag war natürlich ein totgeborenes Kind. Denn die einzelnen Krankenkassen würden sich einfach weigern, eine solche Bestimmung in ihr Statut aufzunehmen, und kein Disstatut kann sie dazu zwingen. Wenn Herr Ollendorf sich den § 26a angesehen hätte, dann würde er gefunden haben, daß Bestimmungen, wie er sie ins Disstatut aufgenommen hat, ausdrücklich dem Statut vorbehalten sind. Ueber das Statut aber hat vorbehaltlich der Aufsichtsbehörden Zustimmung einzig die Generalversammlung der Kasse zu bestimmen. Ferner hätte sich Herr Ollendorf aus § 2 des Gesetzes überzeugen können, daß einzig die prinzipielle Einführung der Heimarbeiterversicherung zu den Kompetenzen der Stadtverordnetenversammlung gehört. Hätten die Herren Juristen etwas mehr Kenntnis von unseren Arbeiterversicherungsgesetzen, dann hätte die Vorlage nicht durch ihre juristischen „Verbesserungs“-vorschläge sich eine unverantwortliche Verschleppung und geradezu Gefährdung gefallen zu lassen brauchen.

Der Antrag Ollendorfs verfiel dem ihm gegenüber Schicksal; gegen neun Stimmen wurde er abgelehnt. Die Anträge Ehrlich II und Löbe wurden zurückgezogen und darauf die Vorlage in der Ausschussfassung einstimmig angenommen. Ein Nummernblatt in der Geschichte unserer freisinnigen Stadtverordnetenmajorität ist die Art, wie diese eminent sozialpolitische Angelegenheit behandelt wurde, in seinem Falle.

\* **Kate und Liebe.** Friedrich Schillers bürgerliches Trauerspiel wird in der Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins im Thalia-Theater Sonntag, den 8. Dezember, Nachmittags, gegeben werden. Billets zu dieser Vorstellung werden zu den bekannten Preisen morgen Sonnabend, den 30. November, Abends von 7 bis 8 Uhr in der Expedition unseres Blattes, Neue Graupenstr. 5/6, Hof III, verausgibt werden.

\* Die freie Jugendorganisation hält am Sonnabend, den 30. November, Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, ihre Wälder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag, sowie sonstige interessante Punkte. Kollegen, erheben alle. Gäste willkommen.

\* Die im nächsten Jahre auscheidenden Stadtverordneten. Während im Rube und der Provinz verschiedene Städte gegenwärtig im Zeichen eines Stadtverordnetenwahlkampfes stehen, kann Breslau sich vorläufig noch der Ruhe erfreuen. Aber schon zu Beginn des kommenden Jahres wird man bemerken, daß der Wahlkampf derselben einen Kommunal-Wahlkampf bringen wird, der gegen den voraussichtlich in dieselbe Zeit fallenden preussischen Landtagswahlkampf an Heftigkeit keineswegs zurückstehen wird. Mit Abgang des Jahres 1908 scheiden aus der dritten Abteilung folgende Stadtväter aus: Jun 21. Bezirk: Kaufmann Bergmann (Fr. Vga.); Frauerechtslehrer Sternog-L-Oaale (Rb.); im 29. ist der Erblasser Bernhard (Fr. Vga.) bekanntlich schon jetzt durch dessen Tod erledigt; im 27. Buchhändler Budek (Fr. Vga.); im 31. Fabrikbesitzer Finger (Fr. Vga.); im 25. ist Partikulier Bohl (Fr. Vga.), ebenfalls bereits verstorben; im 33. Apotheker Seibert (Fr. Vga.); im 30. Eisenbahnbetriebsleiter Stein (Fr. Vga.); im 35. Rentier Zerkant (Fr. Vga.); im 34. Generalleutnant Ulrich (Fr. Vga.) und im 28. Kaufmann Bughy (Fr. Vga.). Aus der zweiten Abteilung scheiden im 4. Kaufmann Strada (Fr. Vga.); im 7. Justizrat Wein (Rb.); im 17. Baugewerkschaftsdirektor Professor Höfner (Fr. Vga.); im 16. Sanitätsrat Dr. Hübner (Fr. Vga.); im 3. Jurist Rlee (Rb.); im 18. Kaufmann v. Hour (Fr. Vga.); Generaldirektor Wagner (Fr. Vga.); im 2. Kaufmann Lohm (Rb.), der mittlerweile sein Mandat niederlegt hat; im 6. Dr. Vieß, prakt. Arzt (Rb.); im 9. Rat Kaufmann Weiß (Fr. Vga.); mittlerweile sein Mandat niederlegt, im 14. Fabrikbesitzer Scholz I (Fr. Vga.) Aus der ersten Abteilung scheiden aus: Kaufmann Bickhoff, Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Füllgrabe, Geheimer Rat Dr. Freund, Kaufmann Molinari, Partikulier Dertel, Rentier Kober, Kaufmann Zsch, Wäldermeister Schürmann ist mittlerweile schon verstorben; auch scheiden aus: Professor Dr. Liege, Ratsherrmeister Urban und Kaufmann Wohndor, die sämtlich der liberalen Partei angehören. — Soweit die dritte Abteilung in Frage kommt, fordern wir unsere Genossen schon heute auf, sich auf einen schwarzen Wahlkampf vorzubereiten.

\* Die Tätigkeit unserer Wälderholungsstätten. Die zweite Wälderzeit der Oswiger Wälderholungsstätte für weibliche Lungenkranke wurde am 13. Mai d. J. eröffnet. Das Entgegenkommen der städtischen Promadenverwaltung hat es ermöglicht, im Frühjahr eine wünschenswerte Vergrößerung der Erholungsstätte durchzuführen. Es wurde eine neue Diegehalle errichtet, die ihrer Anlage und Ausstattung nach der im Vorjahre erbauten entspricht und Raum für 50 Personen bietet. Der Vorstand des Vereins beschloß zunächst aber nur eine Vermehrung der Stellen um 30 Plätze, da eine weitere Befassung des Personals nicht gut angänglich war und eine erhebliche Vermehrung der Betriebskosten vermieden werden mußte. Die Trennung der Kinder von den Erwachsenen während des größten Teils des Tages wurde durch diese Erweiterung der Anlage möglich und dadurch beiden Teilen in gleicher Weise gebietet, die Erwachsenen hatten mehr Ruhe, die Kinder mehr Bewegungsfreiheit. Zur Beaufsichtigung der Kinder war eine geprüfte Kinderärztin mit Lehrbefähigung angestellt. Sie fand eine lohnende Tätigkeit, da im Laufe der Betriebszeit 33 Kinder unter 14 Jahren in der Anstalt verpflegt wurden. Zu ihren Obliegenheiten gehörte die Beaufsichtigung und Beschäftigung der Kinder; letztere geschah erstens in Form eines Unterrichts, der in einzelnen nach dem Alter abgestuften Klassen erteilt wurde und in Les- und Rechnungsaufgaben sowie in Belegungen aus dem Gebiete der Erdkunde, Geschichte und Naturwissenschaften bestand. Selbstredend wurde jede Überanstrengung vermieden und schwerkranke Kinder von dem Unterricht ausgeschlossen. Ferner beaufsichtigte die Kinderärztin die Spiele der Kinder und versorgte sie mit geeigneter Lektüre. Durch freiwillige Spenden ist die Bibliothek sowie der Bestand an Beschäftigungsgeldern usw. auch dieses Jahr erheblich vermehrt worden. Hinsichtlich der Art der Verpflegung und der Befriedigung wurden Veränderungen nicht vorgenommen. Zu erwähnen ist nur, daß sich dieses Jahr auf Ersuchen des Vereins die Breslauer Straßenbahn-Gesellschaft dem Vorhaben der übrigen Wälderholungsstätten angeschlossen hat, indem in den Wäldern ermäßigte

Karten nach und von der Dampfheizstelle gewährt.

Das Verhalten der Patienten wurde natürlich zeitweise durch den kalten feineren Sommer etwas gestört, doch bewährte sich auch unter diesen unglücklichen Umständen die überaus geschickte Lage der Erholungsstätte.

Die Betriebszeit wurde am 13. Mai mit 51 Patienten eröffnet. Die Maximalbesetzung von 110 Kranken (im Vorjahre 80) war sehr bald erreicht; die Frequenz hielt sich auf dieser Höhe bis Anfang September, dann trat ein allmähliches Abnehmen ein. Am 19. Oktober wurde die Erholungsstätte geschlossen. Sie war an diesem Tage noch von 37 Patienten besetzt. Insgesamt war die Erholungsstätte von 317 Patienten in Anspruch genommen. (Gegen 220 im Vorjahre); die Zahl der Verpflegungstage betrug 13,817, der durchschnittliche Aufenthalt 44 Tage. Die Kosten trug in 151 Fällen (48,6%) die kaiserliche Armeeverwaltung, in 107 Fällen (33,7%) Krankenversicherungen, in 28 Fällen (8,8%) der Kaiserfamilie, in 13 Fällen (4,1%) die Landesversicherungsanstalt, in 8 Fällen (2,5%) der Kaiserfamilie und die Patienten zu gleichen Teilen. In 6 Fällen (1,9%) die Patienten. Soweit es sich um einigere Sicherheit handelte, trat eine Befreiung des obeligen Krankenbundes ein bei 87 Fällen (29,3%). Sehr erhebliche Verbesserungen der objektiven Krankheitsbedingungen konnten bei 5 Patienten festgestellt werden.

Die Gesamtzunahme betrug bei den 291 in Frage kommenden Kranken 551,2 Mittelwerts, d. h. in Durchschnitt pro Kopf 1,9 Kilogramm. Bei 6 Personen (2%) trat eine Abnahme ein, bei 3 davon betrug sie 2-2,8 Kilogramm; es waren dies sämtlich hochgradige Fälle.

Die Anstalt stand auch in diesem Jahre unter der Leitung des Herrn Dr. Stelzberg.

Die Erholungsstätte für Kranke in Carlsbad, welche in diesem Jahre am 17. Mai mit 29 Kranken eröffnet wurde und bis zum 19. Oktober ununterbrochen im Betrieb weiter geführt war, so hat in Aufbruch genommen die Anstalt, deren Anfang Juni 18 auf den letzten Platz gefüllt war, und die Besucher vorzumerkt werden mußten, um der Stelle nach, sobald Plätze frei waren, eintreten zu können. 197 Pfinglinge gegen 160 im vorigen Jahr kamen zur Aufnahme. Die Kosten des Aufenthalts wurden bei 90 Patienten von verschiedenen Krankenversicherungen, bei 88 Patienten von der Krankenversicherung, in 3 Fällen von der Landesversicherungsanstalt bestritten. Zwei liegen hier auf eigene Kosten vor. 12 Betten auf Vereinstischen ganze, 2 halbe Personen. Die Gesamtdauer des Aufenthalts schwankte zwischen 2 und 130 Tagen und belief sich durchschnittlich auf 37 Tage. Es ließ sich bei den meisten Kranken, speziell den Leichtkranken, unübersehbar feststellen, daß nach dem Verlassen der hiesigen Anstalt eine Besserung des Krankheitszustandes, eine Vermehrung der Widerstandskraft und ein in der Ernährung damit ein Zurückgehen der katabolischen Erscheinungen, ein Zurückgehen oder sogar Rückbildung des tuberkulösen Prozesses eintrat. Ein oberhalb wichtiger Faktor für die normale oder rückwärtige Bewegung des Prozesses war die Lage. Von den in Betracht kommenden 151 Pfinglingen haben 15 abgenommen, 10 sind auf ihrem alten Gewicht geblieben, 139 haben zugenommen.

Die Folge dieses erfreulichen Resultats war, daß viele Kranke, die an Kraft und Körpergewicht zugenommen hatten, an die Stelle ihrer früheren Schwäche zurückkehrten und den alten Platz, den sie einnahmen, wieder ausfüllen konnten, ein nicht zu unterschätzender wirtschaftlicher Erfolg, der durch die Verlagerung der Arbeitsfähigkeit erzielt wird. Der erste Wert der Erholungsstätte liegt darin, daß die erkrankten Kranken, die gelernt haben, in der Anstalt zu leben, zu denken und zu leben, dann auch außerhalb der Anstalt die Grundzüge der Diätetik beobachten und bei ihren Angehörigen und Freunden verbreiten; so bilden sie für ihre Umgebung keine oder nur geringe Anreizungsquelle.

Die Anstalt stand auch in diesem Jahre unter der Leitung des Herrn Dr. Horn.

**\* Eine Überraschung für die preussische Lotteriespieler?** Wie wir hören, ist gegen die gegenwärtige 217. Ziehung, 5. Klasse der preussischen Lotterie Protest wegen vorgerückter Normfehler eingeleitet worden und damit die Möglichkeit einer Ungültigkeitserklärung der ganzen letzten Klasse nahe gerückt. Wie sich das Kuratorium zu diesem Protest stellen wird, ist jedoch zur Stunde noch nicht bekannt. Bei Ausrufung der Protestgründe müßte eine Wiederholung der Ziehung stattfinden.

**\* Am Stadt-Theater kommt am Freitag Offenbachs phantastische Oper „Hoffmanns Erzählungen“ zur Aufführung.** Am Samstag wird Mozart's große Oper „Die Zauberflöte“ zum 1. Male in dieser Spielzeit zur Darstellung gebracht. Am Sonntag werden die Weichersinger von Nürnberg wiederholt. (Anfang 7 Uhr.) Hier den Nachmittag ist eine Aufführung von Kadelburgs und Strommels erfolgreichem Lustspiel „Hänschen und Gretchen“ zu erwarten.

**\* Im Loh-Theater geht am Freitag das Vaudeville „Wie man Männer fesselt“ in Szene.** Am Samstag folgt das erste Gastspiel von Papaver's Oper. Der Künstler wird den Charakter in Guller's Operette „Bruder Straubinger“ spielen, den er hier bereits mit außerordentlichem Erfolg darstellte. Am Sonntag folgt Alexander's Operette „Der Pfaffenknecht“ in der Ausstattung des Herrn Hofmann. (Parten 250 Mk. etc.) Am Sonntag Nachmittag geht in kleinen Preise Lustspiel „Der Bettelstudent“ in Szene.

**\* Im Thalia-Theater wird am Sonntag Gerhard Hauptmanns Schauspiel „Ruhmann Henkel“ zum 1. Male in dieser Spielzeit zur Aufführung gebracht.** Die Titelrolle spielt Herr Lohr. Es hat die Vorstellung für Mitglieder des Hauptvereins (gelde Karten) wird am Freitag „Der Bibliothekar“ gegeben.

**\* Schauspielhaus.** Erste Freitag gelangt als 3. Vorstellung zu dem in der letzten Woche erfolgreichem Operette „Der Schatz der Garbi“ zur Aufführung. — Der Samstagabend findet die Premiere der Supplices Operette „Das Modell“, welche in Berlin und Wien über 200 Aufführungen erlebt, statt. Die Hauptrollen werden von den Damen Vogt, Thoma, Fischer und den Herren Stampo, Kohn, Worms darstellt. — Am Sonntag gelangt zum 1. Male als Nachmittagsvorstellung in der Premierenbesetzung „Die große Gemeinde“, Lustspiel von Lotbar und Lippich, das Kap- und Kammerherr des Königs Schandhaufen in Berlin, mit den Damen Löffler, Erni, Löffler und den Herren Landa, Erner, Kammerer, Werder in den Hauptrollen zur Darstellung. — Abends wird zum 1. Male „Das Modell“ wiederholt.

**\* Diebische Stillschaltung.** Heute tritt die Rede zum vorletzten Male auf. Die seit Beginn ihres Gastspiels andauerndsten Gäste haben wohl auch dieses Mal den Beweis erbracht, daß das Preussische Publikum der charmanten Französin noch immer ein warmes reges Interesse entgegenbringt, und so hat sich die Direktion veranlaßt gesehen, ihr anlässlich ihres Monats, Sonntag, den 30. cr, erfolgreichen letzten Auftritts einen Abtritts- und Ehrenabend zu bewilligen. — Die kleine Lily Walter-Schreiber, die Hymne, der Mann mit den Handschuhen, die weltberühmte Familie Kremm, der Komiker Jean Paul und alle übrigen Kräfte des erfolgreichen November-Programms treten in der heutigen Freitag-Vorstellung ebenfalls zum vorletzten Male auf.

**\* Festlicher Sonntagabend, den 30. cr.** letzte Vorstellung des November-Programms. Nach dem die Spezialisten Abtritts-Vorstellung des Schauspielers Schumann. Am Sonntag vollständig neues Programm und große Damen-Konzert-Konkurrenz mit den großen Talenten des Schloßes. Es haben sich schon namhafte Künstlerinnen gemeldet, unter anderem die Weltberühmte Gräfin Vertram-Bertram.

**\* Diebstahl.** Aus einer Restauration auf der Mühlgasse wurden mittels Einbruch ein blauer Leberzieher, ein Jaguet und eine Welle gestohlen. — Einem Schneidermeister am Ritterplatz wurde ein Hemd gestohlen. — Einem Altmannhändler von der Verlängerstraße wurde ein Kinderkleid gestohlen. — Einem Arbeiter wurde auf der Kirchstraße ein Fahrrad, Marke „Pura“, gestohlen. — Einem Schlosser von der Vorkampstraße wurde ein Fahrrad, Marke „Gevelink“ gestohlen.

**\* Feuer.** Am 27. d. M. wurde die Feuerwehre nach Weidenburgstraße 3 gerufen, wo durch Umfallen einer Lampe die Umklekabine eines Wasserleitungsrohres in Brand geraten war. — In einer Bodenkammer Matzschstraße 63 verbrannten Tisch- und Kleidungsstücke im Werte von mehreren Hundert Mark.

**\* Verurteilung.** In der Nacht zum Freitag, gegen 2 Uhr Morgens, verletzten drei Männer in der Kaffeehalle von Wloda, Wladimirplatz 4, einander. Zwei von ihnen wurden durch den dort postierten Wächter der Wach- und Schließgesellschaft und einen Schutzmann festgenommen. Der dritte entkam.

**\* Unfall.** Am 26. d. M., Nachmittags, wurde auf dem Ring eine Frau durch einen Hausbühler mit dem Fahrrad angefahren, infolge dessen die Frau für einige Zeit ins Bewußtsein verlor.

**\* Diebstahl.** Aus einer Restauration auf der Mühlgasse wurden mittels Einbruch ein blauer Leberzieher, ein Jaguet und eine Welle gestohlen. — Einem Schneidermeister am Ritterplatz wurde ein Hemd gestohlen. — Einem Altmannhändler von der Verlängerstraße wurde ein Kinderkleid gestohlen. — Einem Arbeiter wurde auf der Kirchstraße ein Fahrrad, Marke „Pura“, gestohlen. — Einem Schlosser von der Vorkampstraße wurde ein Fahrrad, Marke „Gevelink“ gestohlen.

**\* Feuer.** Am 27. d. M. wurde die Feuerwehre nach Weidenburgstraße 3 gerufen, wo durch Umfallen einer Lampe die Umklekabine eines Wasserleitungsrohres in Brand geraten war. — In einer Bodenkammer Matzschstraße 63 verbrannten Tisch- und Kleidungsstücke im Werte von mehreren Hundert Mark.

### Aus Schlesien und Polen.

#### Die Krise in der Textilindustrie.

Unseren schlesischen Textilarbeitern und Arbeiterinnen werden folgende Mitteilungen zukommen sein. Die Lage auf der Geschäftslage der deutschen Textilindustrie beizugehen. Sie werden daraus hoffentlich — soweit es noch nicht geschehen ist — die Notwendigkeit des Zusammenhanges erkennen, um in schweren Zeiten gegenüber Lohnbedingungen zu gestärkt zu sein.

Die Wirkungen der amerikanischen Finanzkrise machen sich auch in der deutschen Textilindustrie sehr fühlbar. Die Situation wird als „höherer“ bezeichnet. In der Textilindustrie hat die Beschäftigung sehr nachgelassen. In Maschinen sind schon seit Monaten Hunderte von Beschäftigten ohne Arbeit. Seit einigen Wochen ist das gleiche auch in den Tuchfabriken der Gegend in Ost- und Westpreußen der Fall. Die Arbeitszeit ist in vielen Betrieben auf 8 Stunden pro Tag reduziert. Bis zu 3 Tagen in der Woche müssen die Arbeiter fernbleiben. In dem wird die Zahl der stillstehenden Webstühle auf mindestens 200,000 geschätzt. In anderen Städten, wie Kattowitz, ist von einem ähnlichen Geschehen zunächst noch wenig zu merken. Das Angebot von Arbeitskräften ist jedoch infolge Zuzugs aus den von der Krise betroffenen Städten groß. So sind aus Sprottau in den letzten Wochen circa 200 Textilarbeiter abgereist. Sie ziehen selbstverständlich in die Städte, wo noch Arbeit ist, Arbeit zu bekommen und verdienen dort die Konkurrenz der Arbeiter untereinander. Auch die Arbeiterbranche ist infolge der schweren Zeiten entgegengesetzt. Amica ist für die Arbeiter ein außerordentlich wichtiges Abgabegeld. Jede Erhöhung in den verschiedenen Staaten wirkt auf Deutschland zurück. Seit dem November hat sich die Lage für die Arbeiter außerordentlich verschlechtert. Wohl ist die Branche noch voll beschäftigt. Die Handbühlerbranche hat sogar sehr flott zu tun. Man achtet noch von den Aufträgen, welche vor langer Zeit eingegangen sind. Trotzdem dürfte es nicht lange dauern und die „helle Zeit“ geht ein. In der nächsten Zeit wird die Branche gehen neue Aufträge überhäuft nicht mehr ein. Jede, auch die kleinste Ueberforderung des Liefertermines führt zur Annulierung der Aufträge. Geringe Differenzen zwischen der gelieferten Ware und den Mustern zieht Minderung der Waren nach sich. Mit der Nachsicht der Käufer kann nicht mehr gerechnet werden. Auch die Nachfrage der Unternehmer rechnet im Frühjahr auf „helle Zeit“. Die „deutsche Wirtszeltung“ schreibt: „Die Welt ist also nicht mehr fern, zu welcher alle Uebelstände, Sünden und Ueberartigkeiten die Weltkonjunktur mit sich bringen müßte, von selbst verschwinden würden, und zu welcher nicht mehr die Arbeit Hände sucht, sondern die Hände Arbeit gebrauchen.“ Die Unternehmer glauben denn auch bereits ihre geforderte Macht den Arbeitern ungenutzt fühlen lassen zu können. Im schlesischen Erzgebirge sind Lohnreduktionen bis zu 20 Prozent angekündigt. Nebenbei hat die amerikanische Finanzkrise auf die polnische Textilindustrie gewirkt. Die amerikanischen Aufträge sind zum großen Teil ausgeblieben. Die amerikanischen Käufer, welche sonst mindestens 3 Wochen in Polen zum Zwecke des Einkaufs weilten, sind ihnen der Boden in ihrer Heimat ins Ohr drang, solemnt abgereist. Die Unsicherheit der amerikanischen Verhältnisse hat ihnen, Einkäufe zu machen. So zeigt sich im polnischen Erzgebirge, trotz der polnischen Ordnung zum Inlandswart, schlepender Geschäftsgang. Auch in den benachbarten Provinzen der Textilindustrie, welche fast ausschließlich für den Inlandswart arbeiten, wie in der schlesischen Weirwandindustrie, fängt es an zu trübeln. Die gewaltige Steigerung der Lebensmittelpreise in den letzten Monaten hat die Kaufkraft der Bevölkerung geschwächt. Das kann nicht ohne Rückwirkung auf die Industrie bleiben. Die Baumwollspinnereien, welche in den letzten Jahren ihre Spinnkapazität um Millionen vermehrt haben, sind noch voll beschäftigt. Ihre Aufträge reichen bis ins 4. Quartal 1903. Aber auch für sie gehen schon seit Wochen Aufträge nicht mehr ein. Die gefährlichsten Auslöser können auch hier durch weitere Erschütterungen des Marktes über den Haufen geworfen werden.

Alles in allem zeigen sich in der Textilindustrie deutlich die Vorboten der Krise. Die Arbeiter tun auf, sich rechtzeitig zu rüsten durch Stärkung der Organisation. Die Unterbindung der Lohnreduktion in der schlesischen Weirwandindustrie, was die Arbeiter zu erwarten haben, wenn erst die Krise schief ins Rollen kommt. Der Textilarbeiter-Verband wird seine ganze Kraft anwenden, um eine Senkung der Löhne zu verhindern.

#### —a. Freiburg, 28. November.

Bei den nunmehr stattgefundenen Stadtvorordneten-Wahlen wurden die beiden bürgerlichen Kandidaten gewählt. Es erhielten Stimmen Richter Vogt 321, Bezugsbesitzer Viertel 325. Von unseren Genossen erhielten Richter Fleischer 234 und Handelsmann Cufos 232 Stimmen. Wir haben gegen die Hauptwahl eine Zunahme von rund 30 Stimmen zu verzeichnen. Da gegen die Hauptwahl die Stimmzunahme nur 41 beträgt, so sind also nur ganze 11 Mann von den Bürgerlichen mehr am Wahltische erschienen. Allerdings muß zugegeben werden, daß unsere Stimmzunahme sehr hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben ist. Mehrere hundert Arbeiter sind bei der Wahl ferngeblieben. Bei voller Beteiligung der Arbeiterklasse würde es ein leichtes gewesen sein, einen Vertreter ins Stadtparlament zu entsenden. Anerkennung muß werden, daß die bürgerlichen Dunderlinden Arbeiter zum größten Teil unsere Genossen wählten; bezeichnend ist aber, daß die Führer der Gewerkschaften glauben, die Arbeiterinteressen dadurch zu vertreten, daß sie den bürgerlichen Kandidaten ihre Stimme gaben! In der zweiten Abteilung wurde Widermeier Tisch gegen den Brauereibesitzer Köhler gewählt. Ersterer erhielt 46, letzterer 21 Stimmen. Gegen die Hauptwahl fand die Zahl der Wähler von 80 auf 67. Man sieht hieraus, daß, wo es nicht gilt, die Arbeiterklasse zu unterdrücken, das Interesse der Herren Bürger sofort verschwindet. Uebrigens gratulieren wir der Stadtvorordneten-Versammlung zu der Akquisition des Herrn Tisch. Hoffentlich erkennt man dort seine Verdienste an und

stellt ihn im Stadtparlament an die Stelle, die ihm durch sein Wissen und Können gebührt, das er hoffentlich auch weiterhin in den Dienst des Staates und der Gemeinde stellen wird. — Haben wir auch diesmal noch keinen Arbeitervertreter in das Stadtparlament entsenden können, so haben wir doch unseren Genossen gezeigt, daß die Zeiten, wo sie gewissermaßen unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Mandate unter sich verteilten konnten, vorüber sind. Einmal muß es uns doch gelingen.

**c. Schwidnitz, 28. November.** Ueber das Resultat der Stadtvorordnetenwahlen in der dritten Abteilung vom 27. d. Mts. sind wir in der Lage, folgendes zu berichten: Gewählt wurden Mittelschullehrer Rieger mit 589 Stimmen, Schmiede-Obermeister Hoffmann mit 542 Stimmen, Richter Tischler mit 499 Stimmen. Jüdischen Gärtnerbesitzer Tischler, der 389 Stimmen, und Uhrmacher Kaufmann, der circa 440 Stimmen auf sich vereinte, findet sich nicht auf. Für unsere Genossen wurden Stimmen abgegeben: Koch 139 Stimmen, Richter Tischler 146 Stimmen, Tischler 143 Stimmen und Tischler 146 Stimmen. Die Freiwähler mit ihrem durchschnittlichen Anhang, die in letzter Stunde ein Kompromiß mit dem Bürger- und Hausbesitzer-Verein abgeschlossen hatten, verneigten auf ihre Kandidaten Tischlermeister Mey und Tischlermeister Hohlhach 110 und 145 Stimmen. Von 2800 Wahlberechtigten übten 932 ihr Stimmrecht aus, also nicht ganz 33 Prozent. Unsere Genossen haben immerhin einen Wahlsieg errungen, mit dem wir unter den obwaltenden Umständen zufrieden sein können.

**c. Schwidnitz, 28. November.** Abt. 1. Abteilung, Parteitag am 1. Dezember findet eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Zusammenkunft beim Genossen Seidel, Langstraße 61, im Laden, Vormittags 7 Uhr.

**—b. Brieg, 28. November.** Arbeiterklub. In der Maschinenfabrik von Neugebauer ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, indem der Arbeiter Glatz, der mit Nibbenmaschinen beschäftigt war, in den Kanal stürzte. Er wurde mit der Nibbenmenge auf die sogenannte Schnecke getrieben, woselbst die Nibben zerhackt wurden. Glücklicherweise konnte man noch kurz vorher den Verunglückten aus seiner schrecklichen Lage befreien. Er wurde aus dem Kanal herausgezogen und sofort in das städtische Krankenhaus gebracht. Leider hat er so schwere Verletzungen davongetragen, daß er einige Stunden darauf starb.

**—d. Striegau, 28. November.** Die Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbe in der Stadt Striegau hielt am Montag eine Mitgliederversammlung ab, in welcher die Vertreter der Gewerkschaften gewählt wurden. Im Ansehung hieran fand die stammesmäßige Generalversammlung statt. Anwesend waren von den Arbeitgebern 7, von den Arbeitnehmern 21 Vertreter. Zu der Revisionskommission wurden gewählt Buchdruckereibesitzer Erich Tischler, Kolporteur Langner und Klempner Jensch. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurden gewählt von Seiten der Arbeitgeber der nichtanwesende Buchdruckereibesitzer Recker, von Seiten der Arbeitnehmer die Genossen Zigarettenmacher Wittia, Kolporteur Langner und Tischler Schur. Nach vollzogener Wahl gab der Vorsitzende, Herr Köhner, einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Kasse und betonte, daß dieser ein verhältnismäßig günstiger zu nennen sei. Auch berichtete er, daß er eine unvermutete Revision der Kasse vorgenommen und alles in bester Ordnung gefunden habe. Genosse Bösch regte hierauf an, den Versuch zu machen, sämtliche hier bestehende Krankenkassen zu einer Ortskrankenkasse zu verschmelzen und wünscht, daß der Vorstand sich mit dieser Frage beschäftigen möge. Der Vorsitzende, Herr Köhner, hielt dieser Sache sympathisch gegenüber und verspricht, diese Sache in der nächsten Vorstandssitzung auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Genosse Wittig beantragt das niedrige Krankengeld, erklärt für Erhöhung der Beiträge und des Krankengeldes einzutreten, was bei den Arbeitgebern gerade keine Bravorufe hervorbrachte.

**Neustadt (O.-Schl.), 28. November.** Diensthofen-Klaverei. Wegen böswilligen Verlassens des Dienstes hatte sich das Dienstmädchen Anna M. vor dem hiesigen Schöffengericht, zu verantworten, weil sie gegen einen bereits am 11. Oktober d. J. wegen genannten Deliktes erhaltenen polizeilichen Strafbefehl einzuweilen erhoben hatte. Sie verließ am 29. September ihren Dienst bei Frau Brauereibesitzer Winter, weil ihr Kind, das sie anderswo in Pflege hatte, gestorben war und sie daher verschiedene Befolgungen zu dessen Beerdigung zu erlangen hatte. Außerdem will die Angeklagte erfahren haben, daß Frau W. sie fortwährend nicht mehr behalten wollte. Auf Ansuchen wurde sie auf jeden Fall Urlaub erhalten. Die Angeklagte wurde zu 5 Mk. evtl. 2 Tagen Haft verurteilt. — Ob dadurch das Ansehen der guten Frau erhöht wird?

**—e. Neustadt O.S., 28. Novr.** Wenn vom Unternehmer zu viel verlangt wird. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich der Sägewerksbesitzer Mokrauer wegen Uebertretung der Gewerbeordnung zu verantworten. Er erhielt am 15. Juni 1905 auf Grund des § 120 d der Gewerbeordnung eine polizeiliche Verfügung, worin ihm angedehnt wurde, in einem gewissen Zeitraum in seinem Fabrik-Etablissement eine mechanische Aufhängedampfkesselanlage für Staub, Dampf, Gas usw. herzustellen und außerdem Dampfheizung einzurichten. Als nun in diesem Jahre (also seit 2 Jahren, d. V.) eine Revision bei dem Angeklagten stattfand, stellte sich heraus, daß die Aufhängedampfkesselanlage gar nicht und die Dampfheizung nicht in der vorgeschriebenen Weise angelegt war. Er erhielt daher einen polizeilichen Strafbefehl über 20 Mk., wogegen er richterliche Entscheidung beantragte. Vor Gericht führte der Angeklagte aus, daß von ihm zu viel verlangt worden sei, er habe die Dampfheizung nicht nach Vorschrift anlegen können. Dieser Beweisführung verweichte der Gerichtshof sich nicht anzuschließen und verurteilte den Angeklagten zu der im Strafbefehl festgesetzten Strafe mit der Begründung, daß derselbe vom 15. Juni bis 1. August 1905 sechs Wochen Zeit gehabt hätte, gegen die Verfügung Beschwerde einzulegen. Das ist nicht geschehen und daher die Verfügung rechtskräftig geworden. Sache des Gerichts wäre es nicht zu entscheiden, ob eine Verfügung eine derartige sei, daß sie anzuführen werden könne. Hier handelt es sich um eine rechtskräftig gewordene Verfügung, von welcher der Angeklagte deren Uebertretung selbst eingestanden hätte. (Nicht nie vermochten wir zu erfahren, daß dieser Unternehmer von seiner Randschaft und seinen Arbeitern zu wenig verlangt hätte. D. V.)

**Kattowitz, 28. November.** Zu den Stadtvorordneten-Wahlen. Im bürgerlichen Lager ging es in Betreff der Stadtvorordneten-Wahlen bisher ganz müssigenfalle her. Es sah zunächst schon anders aus. Hatte der Bürger-Verein bisher, so lange Kattowitz besteht, die Sache „erledigt“, indem er kurz vor den Wahlen zur Stadtvorordneten-Versammlung seine Kandidaten aufstellte, die dann auch immer einstimmig gewählt wurden, so sollte es diesmal anders werden. Der neugegründete Haus- und Grundbesitzer-Verein wollte sich diese Bevormundung nicht mehr gefallen lassen, besonders deshalb nicht, weil nach seiner Meinung die bisherigen Stadtväter noch lange nicht genug hausbesitzerfreundlich waren. Es wurden eine ganze Anzahl Nebenbeschwerden, schriftlich oder mündlich, an den Bürger-Verein gerichtet, in dem auch die „organisierten“ Hausbesitzer vertreten sind, stellt wie bisher die Kandidaten auf und jeder „gute Bürger“ wählt diese erprobten Vertreter der Stadt, auch die Hausbesitzer. Dagegen will jetzt das Zentrum nicht zufrieden sein. Früher hat der Bürger-Verein stets den Grundbesitzer der Gleichberechtigung der Konfessionen bei Aufstellung der Kandidaten gewahrt, das heißt nach der Zahl der Wähler evangelischer, katholischer und jüdischer Konfession in den drei Klassen Kandidaten gleicher Konfession aufgestellt. Dies Prinzip soll jetzt bei der Verteilung der sechs neuen Mandate zur Stadtvorordneten-Versammlung verletzt werden sein, und zwar zum Nachteil der Katholiken, weshalb das Zentrum nicht mehr mitmachen will. Eine von dieser Seite eintreffende Veranlassung hat deshalb die Bürgervereins-Liste darauf geändert, daß sie liberale Kandidaten in der dritten Abteilung ausmerzte und eine vollständige Zentrumsliste dafür aufstellte. Es ist sehr wohl möglich, daß diese „Sezession“ dem Zentrum die dritte Abteilung

ausgefertigt. Das wird mit abhängen von der Zahl der auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfallenden Stimmen. Dagegen wird der Bürger-Verein nun wohl auch die Zentrumskandidaten in den anderen Abteilungen fallen lassen.

Gewiß würde die Zahl sozialdemokratischer Wähler recht groß sein, wenn nicht die Furcht vieler Arbeiter, besonders solcher von der Spitze und von der Grube, vor der öffentlichen Abstimmung so groß wäre. Und doch wird diese öffentliche Abstimmung für die Arbeiter gar nichts bedeuten, so bald eine größere Anzahl von ihnen den Mut zeigt, nach ihrer Überzeugung zu wählen. Die außerordentlich günstige Konjunktur verbietet den Herren einfach, eine größere Anzahl Arbeiter wegen ihrer Abstimmung zu mahnen, denn man braucht die Arbeiter, besonders auf den ober-schlesischen Kohlengruben, immer noch, und auf längere Zeit noch ganz notwendig. Nur, wenn eine kleine Gruppe der Gruben- und Hüttenarbeiter sozialdemokratisch stimmt, werden die „Herren“ sich vielleicht erlauben, gegen diese „gefährlichen“ Leute im Betriebe vorzugehen. In der Tat haben die Arbeiter es also in der Hand, sich vor Mahnungen dadurch zu schützen, daß sie in möglichst großer Zahl den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme geben. Es ist ein ganz unwürdiger Zustand, daß die Berg- und Hüttenarbeiter in Katowitz sich, wie bisher immer, wie Schafe zur Schlachtbank, so zur Wahlurne führen lassen, um Herren zu Stadtoberordneten zu wählen, die nie und nimmer im Stande sind, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, da diese ihren eigenen, wie denen ihrer Auftraggeber direkt entgegen stehen.

Die Herren der Gemeinden im ober-schlesischen Industriebezirk sind im allgemeinen die Besitzer der Gruben und Hütten. Sie haben es verstanden, die ungeheuren Kosten, die Schulen, Armenpflege und hundert andere Verpflichtungen verursachen, in einem Bezirk mit hunderttausenden ganz beschäftigten Arbeitern, den Gemeinden aufzuhalsen, indem sie die famose Institution der Güterbesitzer, ein schreiendes Unrecht schon in rein agrarischen Gegenden, eine geradezu unfassbare „geheime“ Angelegenheit in einem Industriebezirk, nach allen Kräften auszunutzen. Sie heben die gemeinlichen Steuern an die Erde in ihren „Güterbesitzern“ aus, ohne irgend nennenswerten Steuerlasten auf sich zu heben. Ihre Arbeiter aber, mit deren Hilfe sie jene Schätze heben, schieben sie benachbarten Gemeinden zu, damit diese letzte kommunalen Aufgaben an ihnen erfüllen, von welchen oben die Rede war. Das kann selbstverständlich nur im allerbescheidensten Maße geschehen, denn die Arbeiter sind keine großen Steuerzahler, und die in den Gemeinden wohnenden Geschäftleute verlassen die unglücklichen Stätten, sobald sie ihr Schicksal ins Trodene gebracht haben. Die großen Herren aber lassen es nicht daran genug sein, daß sie den Gemeinden schwere Lasten aufladen und sich selbst vor dem Mittage der selben, wo es nur möglich, bewahren. Nein, sie wissen sich vielfach auch nach der Herrschaft in den Gemeinden zu bemühen, indem sie Beamte und von dem Grundkapital abhängige Geschäftleute in der zweiten Wählerklasse, kleine Beamte und Arbeiter in der dritten Wählerklasse beeinflussen, für die Kandidaten der Grube und der Spitze zu stimmen, und diese so zu meist ausschlaggebenden Mitglieder der Kommunalverwaltung machen.

Wenn endlich auch in Ober-schlesien in den Gemeinden erträgliche Zustände für die Arbeiter und kleinen Leute herbeigeführt werden sollen — und dazu ist es wahrlich hohe Zeit — müssen sich diese Arbeiter, Handwerker etc. nach rückwärts den Interessen umsehen, alle Kräfte einbringen, um solche hier und da in die Stadtoberordneten-Versammlungen zu bringen. Das gilt insbesondere auch von Katowitz, wo am Dienstag, den 3. Dezember, die Wahlen in der dritten Klasse der Stadtoberordneten-Wähler stattfanden. Die Stadt Katowitz ist die erste Gemeinde im ober-schlesischen Industriebezirk, in der die sozialdemokratische Partei sich an den kommunal-Wahlen beteiligt. Der Ausschall dieser Wahlen wird nicht nur für Katowitz, sondern auch für die übrigen Orte des Bezirks von großer Bedeutung werden können, diese zu der so sehr notwendigen Nachahmung des von Katowitz gezeigten Verhaltens geradezu zwingen. Wäghen deshalb auch die Klassenbewußten Katowitzer Arbeiter ihre ganze Kraft einzusetzen, um ein für die Katowitzer Arbeiter ehrenvolles Resultat zu erzielen.

Am Vorabend der Wahl, also am Montag, den 2. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, wird im größten Saale der Stadt, in der „Reichshalle“, eine große öffentliche Versammlung stattfinden, die sich in erster Reihe mit den Stadtoberordneten-Wahlen, dann aber auch mit dem Dreiklassenwahlrecht zum Landtage beschäftigen wird. Als Referent für den zweiten Punkt ist Stadtoberordneter Oscar Schütz-Breslau ausgerufen. Die Katowitzer Arbeiter werden für einen trefflichen Besuch der Versammlung Sorge tragen.

**Dittersbach, 29. November.** Beide Weine abgefahren wurden auf dem hiesigen Bahnhof dem Rangierer Berger. Derselbe wollte vom Treibrett eines Wagens abpringen, wobei er auslitt und unter die Räder zu liegen kam. Im Krankenhaus wurde der im blühendsten Alter stehende Mann vom Tode erlöst.

**Posen, 29. November.** Die Entdeckung von Waren die ich abhien auf dem Posener Güterbahnhof hat zur Verhaftung von 18 Personen geführt; da diese aber immer noch weitere Mitläufer angehen, so ist die Liste der Verhafteten vermutlich noch nicht abgeschlossen. In Berlin sind bereits mehrere Fehler ermittelt worden.

**Posen, 28. November.** Die Abenden. Die Aktienbrauerei vorm. Gebr. Suggen wird der Generalversammlung wiederum eine Dividende von 8 1/2 Prozent vorklagen. Die Aktionäre haben es auch hier verstanden, die gesamten Steuern auf die Konsumenten abzuwälzen.

— Von der Hauptpolizei. Der Hausbesitzer Polczynski hatte auf seinem Grundstück in der Großen Berliner Straße einen massiven Pferdestall mit Wagenremise gebaut. Diese Bauarbeiten wurden in der vorigen Woche durch Feuerwehreinrichtungen unter Führung eines Bauvollzugsbeamten gewaltsam abgebrochen, angeblich, weil der hierzu erforderliche Bauplan nicht erteilt war. — Dieses Vorgehen der Hauptpolizei wäre bei beschiedenen Mauern und Gebäudereinrichtungen der letzten Zeit, bei denen Arbeiter verunglückten und ihre Leben lassen mußten, angebracht gewesen.

**Köthen, 26. November.** Errichtung eines Braunkohlenerwerkes. Von der Verwertungsgesellschaft „Abelheid“ sind jetzt die ersten Arbeiten zur Gewinnung von Braunkohle in Ansbach begonnen worden. Bei Bielefeld wird seit einigen Tagen an der Herstellung eines Schachtes gearbeitet. Der Betrieb soll am 1. Februar nächsten Jahres in vollem Umfang aufgenommen und mit dem Bau der ersten Hüttenfabrik begonnen werden.

**Schulauke, 29. November.** Die Protestversammlung fand am Dienstag, den 28. November, statt. In Vertretung unseres Reichstagskandidaten W. Schulz-Posen war Genosse Stöckel aus Bromberg erschienen, um das Referat zu halten. Die Parteiresolution fand einstimmige Annahme.

**Bromberg, 29. November.** Die Protestversammlung gegen das Dreiklassenwahlrecht zum preussischen Landtag fand hier in Bromberg erst am Mittwoch statt, da Dienstag die Wahlen zum Gewerbegericht sich vollzogen und bis Abends 8 Uhr geschlossen wurde. Das Referat hielt Genosse Stöckel übernommen, der sich seiner Aufgabe in einem 1 1/2stündigen Vortrag zur Hinführung aller erzielte und wofür ihm reichlicher Beifall zu teil wurde. Die Resolution gegen das preussische Wahlrecht wurde einstimmig angenommen. Anwesend waren circa 160 Personen, darunter eine Anzahl Frauen. Da uns hier in Bromberg nur ein kleines Lokal zur Verfügung steht, so war dasselbe mit allen Nebensäumen bis auf den letzten Nagel gefüllt.

### Neue provinzielle Nachrichten.

Wie aus einem Briefe an seinen Vater hervorgeht, hat sich der Offiziersburde Bödel in selbstmörderischer Absicht von dem Landwehrmann in Glogau überfahren lassen. — Am Groß-Steinlich, 28. November, wird berichtet: Nachdem dieser Tage von einem Tollwutstall in Poppitz berichtet wurde, sind jetzt in Centawa neue Tollwutfälle an den Hunden konstatiert worden. Leider sind zwei Kinder von dem olivitären Hund gebissen worden, wodurch die sofortige Ueberführung der Verletzten in das Institut nach Breslau notwendig wurde. Auch das in Poppitz gebissene Kind wurde nach Breslau geschickt. Wie oft die Tollwut im Kreis Groß-Steinlich auftritt, geht daraus hervor, daß im Laufe dieses Jahres 11 Fälle von Tollwut an Hunden festgestellt worden sind. — Vermutlich infolge fahrlässiger Brandstiftung brach in der Wohnung des Stiefsohnes Peter Wednagel in Kolonnenstraße, Kreis Groß-Steinlich, Feuer aus, dem das Wohnhaus, die Stallungen und die mit Enten vorräten gefüllte Scheuer zum Opfer fielen.

### Aus den Gerichtssälen.

#### Nahrungsmittelfälschung.

Vor dem Breslauer Schöffengericht hatten sich der Restaurateur Franz W. und der Hauswirtschafter Josef W. wegen Vergehens wider das Nahrungsmittelgesetz bezw. Weichsel hierzu zu verantworten. Der Restaurateur schlichtet von Zeit zu Zeit ein Schwein und läßt es von dem Fleischer zu Wurst verarbeiten. Außer anderen Wurstsorten ließ er jedesmal auch einige Leberwurst zweiter Güte anfertigen, der der Fleischer Semmel mischen mußte. Fleischer machte den Wirt darauf aufmerksam, daß dies strafbar sei, und daß er jede Verantwortung ablehnen müsse, trotzdem bestand der andere auf seinem Willen. Eines Tages kam dann ein Schuzmann in die Restauration, um ein halbes Pfund Wurst zur Untersuchung im Chemischen Untersuchungsamt zu kaufen. Sein Blick fiel gerade auf die Leberwurst zweiter Güte, und von dieser wollte er haben. Der Wirt weigerte sich, dem Schuzmann solche zu verkaufen, und behauptete, diese Wurst sei nur zum Verschütten und zum eigenen Genuß bestimmt. Da der Schuzmann durch Anlauf von der Wurst nichts erhalten konnte, legte er sie mit Beschlag. Die Untersuchung ergab dann den Semmelgehalt und führte zur Anklage. Auch vor Gericht gab der Gastwirt an, die Wurst sei zum Verkauf nicht bestimmt gewesen. Um sein Geschäft zu heben, verheute er an Kinder gelegentlich ein Stück von dieser Wurst, die im übrigen für den eigenen Gebrauch bestimmt gewesen sei. Das Gericht glaubte jedoch nicht, daß ein Gastwirt Wurst erster Güte zum Verkauf und zweiter Güte für den eigenen Bedarf anfertigen lasse und erkannte gegen den Wirt auf 21 Mark Geldstrafe. Der Fleischer wurde freigesprochen.

#### Unterstellungen im Offiziersverein

Kamen vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin I zur Sprache. Auf der Anklagebank saßen der ehemalige Sekretär des Direktors des Offiziersvereins, Hauptmann a. D. v. Wedel, Kaufmann Beese und der zweite Kassierer, Kaufmann Jabel. Die Anklage lautet gegen Beese auf Unterstellung, gegen Jabel, der durch Rechtsanwalt Marcuse verteidigt wurde, auf Beihilfe. Dem Angeklagten Beese wurde zur Last gelegt, in den letzten fünf Jahren die Mitglieder des Deutschen Offiziersvereins infolge einer kaum glaublichen mangelhaften kaufmännischen Beaufsichtigung um etwa 45,000 Mark durch Unterstellungen und Unterschlagungen geschädigt zu haben. Der Angeklagte Jabel hat sich der Beihilfe dadurch schuldig gemacht, daß er Quittungen, die Beese ihm vorlegte, honorierte, obwohl ihm bekannt war, daß keine genügende Beglaubigung stattgefunden hatte.

Die Verhandlung war ein eigenartiges Licht auf die Geschäftsführung des Deutschen Offiziersvereins. Es wurde angegeben, daß der Hauptangeklagte Beese bereits vor Jahren durch Unterschlagungen sich etwa 30,000 Mark angeeignet hatte. Auf Anraten des Direktors v. Wedel wurde jedoch damals kein Strafantrag gestellt. Der Offiziersverein nahm vielmehr für Beese eine Lebensversicherung von 30,000 Mark auf. Die Police mußte Beese, der nicht einmal die Gebühr zu bezahlen brauchte, dem Verein als Sicherheit geben. In verhältnismäßig kurzer Zeit hatte Beese wiederum auf einfache Quittungen, die der ganz unter seinem Einfluß stehende Angeklagte Jabel ausgabte, rund 25,000 Mark unterschlagen. Den Direktoren, die die Kassierenprüfung vornahmen, war es wie der Vorstehende in dem Vermin ausführte, infolge Fehlens kaufmännischer Kenntnisse nicht möglich, diese Unterschlagungen zu entdecken.

Der Angeklagte Jabel erklärte, daß er das Opfer des im Offiziersverein herrschenden Systems sei. Der Hauptangeklagte Beese sei die rechte Hand des Herrn v. Wedel und sein Chef gewesen, an dessen Ehrenhaftigkeit beim Vorlegen der Quittungen zu zweifeln, ihm die Stellung gelöst hätte. Für Beese sei bereits ein Schuldenregulierungskonto in Höhe von 38,000 Mark angelegt worden, an dessen Begleichung nicht zu denken war, so daß diese Summe den Mitgliedern des Offiziersvereins zur Last fällt.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Beese eine Gefängnisstrafe von einem Jahre, gegen Jabel eine solche von einem Monat. Der Gerichtshof verurteilte Beese zu einem Jahre Gefängnis, billigte dem Angeklagten Jabel mildere Umstände zu und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 900 Mark. Beese wurde sofort in Haft genommen.

#### Was nicht mehr zur „Ausführung“ einer Kollekte gehört.

Eine „Sammelliste für freiwillige Beiträge zu sozialdemokratischen Parteizwecken“ hatte Genosse Koppenheim genannt Lenze in Gommern (Provinz Sachsen), wo er Vertrauensmann der Partei war, zur Zeit der Reichstagswahlbewegung in Umlauf bringen lassen. Der Schmied Gl. ging mit der Liste von Haus zu Haus zu einer Reihe Geschäftsleute, habend, um sie zu veranlassen, für den Wahlkampf der Sozialdemokratie etwas zu zeichnen. Teils hatte er Erfolg, teils nicht. Koppenheim (Lenze) wurde demnach angeklagt wegen Uebertretung einer Regierungs-Vollziehungsverordnung vom 22. Mai 1890, welche gleich den in allen anderen preussischen Landesstellen erlassenen derartigen Verordnungen es verbietet, ohne hohe obrigkeitliche Erlaubnis des Oberpräsidenten öffentliche Kollekte zu veranstalten und auszuführen. Das Landgericht Magdeburg als zweite Instanz beturteilte auch den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 20 Mark. Begründend wurde ausgeführt: Zweifelslos seien die Anträge und die ersten Schritte vom Angeklagten ausgegangen. Er sei der Verantwortliche gewesen. Aber selbst wenn man davon absehen wollte, wäre er doch wegen Uebertretung der Verordnung zu bestrafen; denn er habe sich auch an der Ausführung der Kollekte beteiligt, und zwar insofern, als er die gesammelten Beträge entgegen genommen und an die Parteikasse abgegeben habe. Das stelle sich als Teil der Ausführung der Sammlung dar. Die Ausführung erbe erst mit der Ablieferung an die Parteikasse. Die von Haus zu Haus vorgenommene Sammlung bei den Geschäftsleuten sei auch eine öffentliche gewesen. Sie sei nicht etwa bloß bei sozialdemokratischen Geschäftsleuten, sondern auch bei anderen vorgenommen worden. Sie sei erfolgt bei einem unbegrenzten Personenkreise.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zu nochmaliger Verhandlung zurück. Es wurde ausgeführt: Die Entziehung des Landgerichtes würde unbedenklich sein, wenn sich das Gericht darauf beschränkt hätte, dem Angeklagten eine unbesugte Veranlassung einer Kollekte von Haus zu Haus zur Last zu legen. So habe es aber geglaubt, es besonders gut zu machen, indem es auch noch eine Mitwirkung seinerseits bei der Ausführung feststellte. Hierbei sei es aber von einem Revisorium ausgegangen. Es sei nicht richtig, daß die Ausführung einer Kollekte im Sinne der Verordnung hier erst ende mit der Entgegennahme der gesammelten Beträge und ihrer Ablieferung an

die Parteikasse. Die ganze Strafpartei nicht genehmigt solle werden ja hergeleitet aus den alten Vorschriften des allgemeinen Landrechts. Danach komme es aber an auf das Einbringen in die Kasse. Das Kollektieren selbst, die Ausführung der Kollekte, sei beendet, wenn der Kollektant auf ihre Zusammenkunft. Wegen Teilnahme an der Ausführung könne Angeklagter somit nicht bestraft werden. Deshalb die Zurückweisung an die Vorinstanz.

#### Das rote Kreuz.

Wegen Vergehens wider das Reichsgesetz vom 22. März 1902, das die unbesugte Führung des Neutralitätsabzeichens der Genfer Konvention verbietet, hatten sich die sechs Vorstandsmitglieder des Breslauer Vereins privater Krankenpfleger und Masseure vor der Strafkammer zu verantworten. Vom Schöffengericht waren sie freigesprochen worden, doch hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Der Verein hatte auf seinen Briefumschlägen und seinen Vereinsabzeichen ein rotes Kreuz in der bekannten Form anbringen lassen, allerdings nicht auf weißem, sondern auf farbigem Grunde. Die Angeklagten machten geltend, daß sie auf Grund der Verhandlungen und Beschlüsse verschiedener Kongresse in der Provinz sich befunden hätten, daß die Führung eines roten Kreuzes auf farbigem Grunde nicht verboten sei und keinen Anlaß zu Verwechslungen mit dem geschützten roten Kreuz der Genfer Konvention gebe. Das Gericht nahm demnach an, daß die Angeklagten im guten Glauben gehandelt hätten und beließ es bei der Freisprechung. Der Vorsitzende warnte aber davor, aus der Freisprechung zu folgern, daß die Führung eines roten Kreuzes auf farbigem Grunde erlaubt sei. Sobald der gute Glaube in Fortfall käme, und das würde im Wiederholungsfalle der Fall sein, dann würde Verurteilung erfolgen.

#### Ein Schweinehund.

„Versuchter Schweinehund, Du hast mich den ganzen Sommer über geärgert!“ rief der 52jährige Kurt von Kitzing, der Besitzer des Rittergutes zu Grassie im Kreise Saatzka, und schlug auf einen an Boden liegenden galizischen Schmittler mit seinem Knüttel los. Diese armen ausländischen Arbeitslaven hatten nämlich für wenig Geld den ganzen Sommer hindurch richtig gehäutet, waren dann aber eines Herbst-Nachmittags vor dem Inspektorhaus in eine gewisse Erregung geraten. Infolgedessen schloß der gnädige Herr durchs Fenster, kam dann herunter und herbot ihnen den Hof, gab abermals einen Schuß ab, ließ den nun Flüchtenden nach und bearbeitete den letzten derselben in der angegebenen Weise. Das Schöffengericht verurteilte den edeln Herrn von Kitzing wegen Mißhandlung zu 50 Mark Geldstrafe. Er war bereits achtmal wegen Rohheits- und anderer Delikte vorbestraft und verteidigte sich vor der Berufungskammer mit krankhafter Erregtheit und meinte: „Wenn man uns auf dem Lande verurteilt, in dieser Weise von unserem Hause die Arbeit zu machen, dann sind wir verzagt.“ Trotz dieser famosen Begründung blieb es aber bei der Strafe — wenn man 50 Mark für einen Rittergutsbesitzer überhaupt als Strafe ansehen will.

Vor einem Volksgericht würde dieser „Ehrl.“ sicher nicht so billig wegkommen sein, denn Leute ohne juristische Bildung würden wohl seinen Augenblick im Zweifel gewesen sein, wenn in diesem Falle die Bezeichnung „Schweinehund“ gebührt, und dementsprechend erkannt haben. — Wie viele Monate Gefängnis würden übrigens Berufsrichter dem Arbeiter zuerkannt haben, wenn er sich derartig gegen den „Herrn“ vergangen hätte? Doch, eben fällt mir das Ueberflüssige dieser Frage ein. In Proben sind ja alle Menschen vor dem Gesetze gleich.

#### Wegen Uebertretung des Kindererziehungsgesetzes

hatte sich die Badwarenhandlerin Ida M. vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Der Postkaffner Franz St. war wegen Beihilfe mit angeklagt. Die Badwarenhandlerin hatte einen zehnjährigen Jungen des Postkassners gegen einen „Lohn“ von 75 Pf. pro Woche früh morgens mit Austragen von Semmel beschäftigt, wozu der Vater des Jungen seine Zustimmung gegeben hatte. Beide Angeklagte wollten, wie das immer so der Fall ist, von der Erkennung des Kindererziehungsgesetzes nichts gemocht haben. Der Postkaffner gab an, er sei vom Lande ausgezogen und habe sich gefreut, daß der Junge eine kleine Beschäftigung hatte. Er selbst habe als Junge um vier Uhr früh aufstehen und in der Scheune drechseln müssen. Das habe ihn nichts geschadet, und so werde wohl dem Jungen das hiesigen Semmeltragen auch nichts schaden. Das Urteil lautete gegen die Handlerin auf sechs Mark und gegen den Postkaffner auf drei Mark Geldstrafe.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß derartige niedrige Strafen nicht geeignet sind, endlich die nötige „Kenntnis“ von der Erkennung des Kindererziehungsgesetzes zu verbreiten und der Kinderausbeutung Einhalt zu gebieten. In den gegenwärtigen Zeiten der allgemeinen Teuerung und umfangreichen Arbeitslosigkeit ist es doppelt verwerflich, Kinder durch Erwerbsarbeit auszubeten. Freilich, Erwerbslaven werden ja für 75 Pfennige pro Woche ihre Jungen nicht durch Treppauf- und Treppabrennen opfern mögen.

### Versammlungen und Vereine.

**Achtung, Tabakarbeiter!** Die Firmen Oskar Matwald, Kirchstraße und Scheinlastraße, Ernst Dittler, Reubenstraße, Gustav Munder, Bögenstraße 18, August Fenaler, Fildergasse, Maxian Dzialoszyński, Wrieterstraße 20, Max Döring, Andertenstraße 5, und Emil Welt, Sternstraße, haben die Forderungen bewilligt und zahlen gleichfalls den Wirtmallohn von 6 Mk. pro Wille ihr Wirtmallohn und 2 7/8 Mk. pro Wille für Keller. Die Arbeiter- und Arbeitervereine und Geschäftsleiter wollen ihren Bestand nur bei den Firmen belegen, die den von der Organisation festgesetzten Tarif unterzeichnet haben. 42 Betriebe haben bereits bewilligt.

Noch nicht bewilligt haben: Zinbler, Ferdinandsstraße 60, August Mangel, Friedrich-Wilhelmstraße, Julius Schick in Firma Kemmler, Friedrich-Wilhelmstraße, Gebmann, Brunnstraße 60, und Jekig, Reichstraße.

**Kammer und Hilfsarbeiter.** Sonntag, den 1. Dezbr., Vormittags 11 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Mittags-Versammlung, Zimmer Nr. 1, statt. Es ist Pflicht der Kollegen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Ferner den Kollegen zur Kenntnis, daß sämtliche Mitgliedsbücher beim Kontrollen bis zum 15. Dezember eingezogen werden müssen. Es hat daher jeder sein Buch beim Bezirkskassierer abzugeben. Die Ortsverwaltung.

### Breslauer Marktbericht.

#### Preiskotierungskommission.

Breslau, 28. November 1907.		Pro 100 Kilogramm	
	gute	mittlere	gering.
Weizen, winter	23.50	22.00	21.50
„sommer	23.40	22.00	21.75
Roggen	20.90	20.50	19.80
Gerste	19.00	18.50	18.00
Hafer	16.00	15.50	15.00
Reis	23.50	23.50	23.50
Ähren	20.00	19.50	19.00
Wicken	20.00	19.50	19.00
Erbsen	20.00	19.50	19.00
Sojabohnen	20.00	19.50	19.00
Getreide	20.00	19.50	19.00
„für 50 Hektar 3.50 bis 3.80 Hektar			
„für 25 Hektar 3.50 bis 3.80 Hektar			

Am 27. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber, treuer Gatte, unser guter, treusorgender Vater  
**Heinrich Hänchen**  
 im Alter von 55 Jahren 1 Monat.  
 Dies zeigt tiefbetrübt an  
 5798  
**Karoline Hänchen geb. Simon**  
 nebst Kindern.  
 Beerdigung: Sonntag, mittags 12<sup>1/2</sup> Uhr, vom Trauerhause, Kurzeasse 48, nach dem St. Barbara-Kirchhof in Cosel.

Am 26. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter  
**Wilhelm Kühnel**  
 im Alter von 29 Jahren.  
 5804  
**Der Sozialdemokratische Verein Breslau-Land-Neumarkt.**  
 Beerdigung: Sonntag, nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr, vom Trauerhause in Leipzig aus.

Am Dienstag, den 26. November, starb nach kurzer Krankheit unser Freund und Mitarbeiter  
**Wilhelm Kühnel**  
 aus Leipzig.  
 Ehre seinem Andenken.  
**Die Arbeiter der Chemischen Fabrik**  
 vormals Oskar Heymann in Oswitz.

Dienstag, den 26. d. Mts. verstarb unser Freund und Kollege, der Arbeiter  
**Wilhelm Kühnel**  
 aus Leipzig  
 im Alter von 29 Jahren.  
 Sein Andenken werden stets in Ehren halten  
**Die Mitglieder des Verbandes der Fabrik- und Hilfsarbeiter Deutschlands, Zahist. Breslau.**  
 Beerdigung: Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr, vom Trauerhause in Leipzig aus.

**Stadt-Theater.**  
 Freitag:  
 „Doffmanns Erzählungen“.  
 Sonnabend:  
 „Die Janberböte“.  
 Sonntag, nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr:  
 „Suiarenfieber“.  
 Abends 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
 „Die Weisküniger von Nürnberg“.

**Lobe-Theater.**  
 Freitag:  
 „Die man Männer feiert“.  
 Sonnabend:  
 Gastspiel Alexander Girardi:  
 „Bruder Straubinger“.  
 (1. Partee 8.30 Uhr, 2. Partee nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr, Abends 7<sup>1/2</sup> Uhr.)  
 Gastspiel Alexander Girardi:  
 „Er und seine Schwester“.

**Thalia-Theater.**  
 Freitag: Humboldt-Verein.  
 Sonnabend: Humboldt-Verein.  
 Sonntag, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr:  
 „Führmann Schachtel“.  
 Sonnabend, den 10.—12. Uhr im Realschulsaal.

**Schauspielhaus**  
 Freitag, 8 Uhr  
 Bei ungünstigen Freizeiten  
 Partee 1.50, 11. Rang 1.1.—  
 „Der schöne Garbit“.  
 Sonnabend, 8 Uhr:  
 2. Premiere:  
 „Das Robell“.

**Liebichs**  
 Etablissement.  
 Nur wenige Tage!  
 Das sensationelle  
 Novemberprogramm.  
 Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.

**Victoria-Theater**  
 (Simonsener Garten).  
 Nur noch wenige Tage das brillante  
 November-Programm.  
 26 Sonntag, den 1. Dezember:  
**Ringkampf.**

**Winter-Paletots**  
 in größter Auswahl  
**G. Knauerhase**  
 Zahl.: O. Dehmel  
 Neumarkt 45, 5451  
 Ecke Kupferschmiede str.

**Abbitte.**  
 Die Forderung, welche ich gegen das  
 Hrl. Selma Viehwex geltend habe, nehme  
 ich nach schiedsmännlichem Vergleich zurück  
 und lege keine Klage, da dieselbe unangeht ist.  
**Ernst Buley,**  
 Kurze Gasse 28.

**Hansel's** Etabl. Pöpelwitz, „Deutscher Kaiser.“  
 Gute Kränzchen vom L. V. vom L. V. vom L. V.  
 Sonnabend: Kränzchen „Kugula“  
 Sonntag: Öffentl. Tanz 1 Uhr  
 Jeden Montag: Gießelne. 5793

**Maria-Höfchen** Müller's 5800  
 Etablissement.  
 Sonnabend u. Sonntag: Kirmes  
 wozu ergebenst einladet Ernst Müller.

**Fellhammer, Knappenverein.**  
 Sonntag, den 1. Dezember:  
**Stiftungsfest**  
 bei Frau Wildmann. 5802  
 Verbandsmitglieder sind eingeladen. — Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

**Durch große Abchlüsse**  
 gegen Kasse verkaufe ich, um mein Kiezenlager zu räumen  
 zu nachstehend enorm billigen Preisen:  
 Herren-Uhren . . . . . von 3.— bis 30.— Mk. an  
 silberne Herren-Uhren . . . . . von 5.— bis 60.— Mk.  
 silberne Damen-Uhren . . . . . von 5.50 bis 25.— Mk.  
 goldene Damen-Uhren . . . . . von 12.— bis 100.— Mk.  
 goldene Herren-Uhren . . . . . von 25.— bis 350.— Mk.  
 Wecker und Wanduhren . . . . . von 1.75 Mk. an  
 Regulatoren, circa 1 m bis 1,50 m groß, 14 Tage gehend und  
 Schlauef . . . . . von 10.— Mk. an  
 Broschen, Ohrringe, Armbänder, Ringe, Ketten  
 in kolossal Auswahl. — Umtausch bis Neujahr gestattet.  
 Preise für sämtliche bei mir gekauften Uhren und Goldwaren  
 jahrelange Garantie.

**Max Frenzel** 5809  
 Uhrmacher  
 Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 39  
 vis-à-vis alter Kirchhof.

**Genossen**  
 die politisch oder auch gewerk-  
 schaftlich organisiert sind  
 erhalten beim Einkauf von

**Herren- u. Knabengarderoben**  
 einen Extra-Rabatt von  
**10%**  
 5725  
 Herren-Paletots von 12<sup>50</sup> Mk. an  
 Herren-Anzüge von 13<sup>25</sup> Mk. an  
 Herren-Joppen von 5<sup>60</sup> Mk. an  
 Kinder-Anzüge von 2<sup>65</sup> Mk. an  
 Stoff-Hosen von 2<sup>45</sup> Mk. an  
 Monteur-Anzüge 2<sup>65</sup> Mk.

**57 Benno Hurtig 57**  
 Reuschestrasse  
 Ecke Hinterhäuser.

**R. Methner, (vorm. G. Reibstirn)** 5810  
 Uhrmachermeister  
 Friedrich-Wilhelmstraße No. 70  
 Uhren und Goldwaren  
 Eigene Reparatur-Werkstatt.

Sonnabend, den 30. November,  
 Sonntag, den 1. und Montag, den 2. Dezember:  
**Große allgemeine**  
**Kanarien-Ausstellung**  
 sowie Groten und Gerätschaften  
 im **Café-Restaurant, Carlstraße Nr. 37.**  
 veranstaltet vom Verein „Canaria“ e. V.  
 Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.  
 Entrée 30 Pf.  
 Lose à 50 Pf. zur Ausstellungs-Lotterie sind an der  
 Kasse zu haben. 5825  
 Ziehung am 2. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 (Verwaltung Breslau).  
 Büro: Schwerstraße 4, I. Fernsprecher Nr. 9199.  
 Montag, den 2. Dezember 1907, abends präzise 8 Uhr  
 findet im 5811  
**großen Saale des Gewerkschaftshauses**  
**General-Verammlung** statt.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag.  
 2. Wahl der Delegierten und der Factuldelegierten.  
 3. Weihnachtsgeld für Arbeitslose.  
 4. Verbandsangelegenheiten.  
 Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

**Konsumverein für Pienitz u. Umgegend**  
 E. G. m. b. H.  
 Lager 1: Mühlenstraße 8. Lager 2: R. Carlstraße 65.  
 3. Geschäftsjahr 5803  
**Bilanz vom 30. September 1907**  
 Aktiva Passiva

Kassa-Konto . . . . .	305,25 Mk.	Per Mitglieder Guthaben:	
„ Inventar . . . . .	2240,82	„ Konto . . . . .	8 572,56 Mk.
„ Kasse . . . . .	224,08	„ Reservefonds . . . . .	550,45
„ Inventar . . . . .	2016,74	„ Kautions-Konto . . . . .	3 000,—
„ Debitoren H. Haupt- buch . . . . .	777,54	„ Darlehens-Konto . . . . .	1 000,—
„ Anteil der G. G. G. Bank . . . . .	402,30	„ Spar-Konto . . . . .	327,56
„ Kautions-Hinter- legungs-Konto . . . . .	3 272,45	„ Lieferanten-Konto . . . . .	1 588,71
„ Warenbestand laut Inventar . . . . .	15 836,02	„ Neigungsm . . . . .	7 271,02
	22 410,30 Mk.		22 410,30 Mk.

**Mitglieder-Bewegung.**  
 Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. October 1906 . . . . . 512  
 Am Ende des Geschäftsjahres traten bei . . . . . 157  
 Der Mitgliederstand am 30. September war . . . . . 669  
 Es schieden aus (durch Tod 6, Bergzug 35, Austrittsbewegung 29) . . . . . 70  
 Die Mitgliederzahl zu Beginn des neuen Geschäftsjahres betrug . . . . . 599

Der Vorstand. Max Mohring. Paul Przybyl. P. Meyer.  
 Bestehende Bilanz sowie das Gewinn- und Verlust-Konto sind von uns ge-  
 prüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung befunden worden.  
 Für den Aufsichtsrat: P. Jaensch. P. Zitschke. E. Babicke.

**Hußbaum-Crumeau** 5800  
 mit geschliffenem Glas steht spott-  
 billig zum Verkauf: Schiefwerder-  
 straße 65, Göppert. 5784

**Striegau.** 5803  
 Empfehle mich den geehrten Damen von  
 Striegau und Umgegend zum Frisieren  
 in und außer dem Hause, bescheiden zur  
 Anfertigung von Zöpfen und Puppen-  
 perücken. Fertige Köpfe auf Lager.  
 Frau Luise Bernert, Gräbenstr. 17.

**Arbeiter Radfahrer Verein**  
 Breslau.  
 Die Mitglieder werden ersucht, die Bei-  
 träge baldigt zu begleichen, damit sie ihrer  
 Bundesrechte nicht verlustig gehen. Die  
 Bundeslisten sind an den Vorstand oder die  
 Abteilungsleiter bald abzugeben. Obene-  
 mit von letzten Jahr bald abgerechnet werden,  
 da die Vereinstatuten die Mittelw. den 25.  
 Dezember u. den 1. Januar ausfallen. Der  
 Frühgottesdienst findet am 1. Weihnacht-  
 feiertag, früh 10 Uhr im kühlen Strand  
 der Ober. Alsterstr. 10 statt. Am  
 8. Januar ist General-Verammlung.  
 Anträge zu bescheiden sind bald an den  
 Vorstand einzubringen.  
 5807 Der Vorstand.

**Fahrräder** 5716  
 Neue und gebrauchte  
 in bester Güte  
 und Qualität.  
 Solistische  
**Fahrrad-Industrie**  
 Matthiasstrasse 9.  
**Pfänder-Auktion**  
 Freitag, den 6. Dezember cr.  
 Pfänder-Auktion, Seifensstr. 12

**Grosse Weihnachts-Ausstellung**  
 im 5579  
**95-Pf.-Bazar**  
 Nur Ring 55, Naschmarktseite Nur  
**Geschenkartikel — Wirtschaftsartikel — Spielwaren**  
 Jeder Gegenstand ohne Ausnahme  
 Stück 95 Pf.  
 Unerreicht an Geschmack und Auswahl.  
 Ich empfehle die Einkäufe zum Feste bei mir schon jetzt zu  
 besorgen, da der Andrang in den letzten Tagen ein riesig  
 grosser ist. Die gewählten Waren werden auf Wunsch auf-  
 bewahrt und zur Zeit prompt zugesandt.  
**Albert Marcus, 95-Pf.-Bazar, Ring 55, Naschmarkt-**  
 seite.

**Gelegenheitskauf in Herren-Garderoben**  
 von nur guten Stoffen angefertigt  
 Ueberzieher von 10 Mk. an — Joppen von 5 Mk. an  
 Anzüge von 10 Mk. an  
 zu unvergleichlich billigen, festen Preisen. 5801  
 Einen Kasten Stoffhosen für Herren, per Paar 3.50 Mk.,  
 Wert bis 7.50 Mk.  
**Garderobe nach Maß**  
 bis zum feinsten Schnitt, mit Garantie für jahrelangen Sitz, Festhalten unter allen Umständen.  
**Bekleidungswerkstätte Merkur,**  
 A. Gluskinos, Neuschestr. 47/48,  
 Fahrstiegebank Hof I.

**Unstreitig**  
 am billigsten kaufen Sie  
**Schuhwaren**  
 für Damen, Herren u. Kinder  
 in Filz und Leder  
 riesige Auswahl — gute Waren  
**Schilders Schuhwaren**  
 Bene Grapenstr. 7 Klosterstr. 18.  
 nahe dem Sonnenplatz. 5773



Deutscher Reichstag

60. Sitzung, Donnerstag, den 28. November, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Rheinbaben und v. Schön, Freiherr v. Stengel, v. Bethmann-Hollweg, Dr. Delbrück, Derenburg, Kraetle.

Haus und Tribünen sind mäßig besetzt. Ein scheinbarer Antrag auf Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.), der sich selbst bei der Staatsanwaltschaft bezieht hat, wurde der Geschäftskommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Etats für das Reich und die Schutzgebiete in Verbindung mit der ersten Lesung der Flottenvorlage.

Reichsfinanzsekretär v. Stengel: Es ist aelungen den Etat rechtzeitig fertigzustellen. Darüber wird das Haus sich freuen, über die Abschlußarbeiten aber weniger. Zunächst ein paar Worte über die Abschlußarbeiten des Jahres 1906. Die ungedeckten Mittelverträge schlossen mit 82 Millionen ab. In den Teinborntonds (Witwen- und Waisenversicherung) können wir nicht mehr abführen als wir einnehmen und nicht das Staats-Soll, sondern nur die M-Einnahme ist entscheidend. Die Einnahmen sind mehr als andere den größten Schwankungen unterworfen. Die Einnahmen der Reichseisenbahnen, die Einnahmen der Reichspost sind hinter den Vorausschlägen zurück geblieben. Die Einnahmen aus der Reichsbank haben sich vergrößert. — Das Rechnungsjahr 1907 ist noch nicht abgeschlossen. Mit aller Reserve kann ich nur sagen, daß die Ausgaben nicht mehr als die Einnahmen sind.

Mehrausgaben sind noch von keiner Seite, Mehrausgaben werden diesen Stellen angemeldet. (Weiter.) Die Fabriksteuer ist um ein Viertel hinter dem Anlag zurückgeblieben. (Rausch hört.) Es fragt sich, ob das vom Reichstag beschlossene System dieser Steuer aufrecht erhalten werden kann. (Müße bei den Soz.: Abschaffen!) In der Volkswirtschaft übersteigen die Mehrausgaben für das Telefon bedeutend die Mehreinnahmen aus dem erhöhten Tarif für Postkarten. Bei den Eisenbahnen wird mit einer Mindereinnahme gerechnet werden müssen. — Wir gehen bei der Staatsausstellung mit der größten Vorsicht und Sparsamkeit vor, aber bei Meer und Flotte wäre Sparsamkeit verkehrt. (Sehr wahr! rechts.) Die Mehrausgaben für Meer und Flotte betragen sich auf rund 124 Millionen Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Kolonial- und die Sozialpolitik schafft dem Reich gewaltige Ausgaben. Die Beschränkung der Ueberweisungen an die Einzelstaaten hat etwas Hilfe, aber keine durchgreifende geschaffen. Den Reichsinvalidentfonds hat eine mehr bequeme als weisshauende Politik aufgezehrt. — Für unsere meisten Kolonien ist eine, wenn auch allerdings nur langsam fortschreitende finanzielle Verbesserung zu verzeichnen. Aber Schwabensichta erfordert auch jetzt noch einen Reichszuschuß von rund 35 Millionen Mark, das Doppelte von dem, was alle unsere anderen Kolonien einschließlich Kiautschau erfordern.

Angesichts dieser Sachlage ergibt sich die Notwendigkeit und Eile einer Sanierung der Reichsfinanzen. Eine Vorlage darüber geht schon in der nächsten Zeit dem Bundesrate zu. Ueber den Inhalt der Vorlage kann ich zurzeit noch nichts angeben.

(D. Rufe links.) Das kann ich aber schon sagen, eine direkte Reichssteuer bringen die Verbündeten Regierungen nicht in Voranschlag. (Reb. Beifall rechts u. b. d. Raik., Rufe b. d. Soz.) Die direkten Steuern müssen den Einzelstaaten verbleiben, die Reichserbschaftsteuer ist keine direkte Steuer. Direkte Steuern beziehen sich auf alljährliche Wiederholungen, während man nur einmal im Leben stirbt. (Dr. Weiter.) Auch die Schweiz und die Vereinigten Staaten reservieren streng und strikt die direkten Steuern den Einzelstaaten. Nach der Verfassung kann die Sanierung der Reichsfinanzen nur durch indirekte Steuern erfolgen.

Bei dem Ausbau dieser Steuern lassen sich berechnete volkswirtschaftliche und sozialpolitische Interessen berücksichtigen. Indirekte Steuern können — ich erinnere an die Branntwein- und Zuckersteuer — sogar Mittel zur Hebung der Bodenkultur werden. Auf die Bedürfnisse des Erwerbslebens, das Interesse des Arbeiterstandes und die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen werden wir die weitgehende Rücksicht nehmen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß das hohe Haus aus allen Kräften uns unterstützen wird, einen Zustand zu beseitigen, der dem deutschen Reich nicht würdig ist und weder in unseren volkswirtschaftlichen Verhältnissen, noch in der Steuerkraft des Volkes irgendwie begründet ist. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Raik.)

Aus aller Welt.

Ein Kind in den Armen der Mutter erdrossen. Im Stadtteil Holtkanten von Mühlheim (Nhr) wurde die Ehefrau des Bergmanns J. auf der Straße vollständig erschöpft und mit einem toten Kinde im Arme aufgefunden. Die Frau war in der letzten Zeit von ihrem Ehemann fortgelassen worden. Als er in einer der letzten Nächte wieder heimkam und gegen die Frau wütete, ergriß diese in der Angst und Verzweiflung ihr an Langenentzündung krank darniederliegendes einjähriges Kind und stürzte in die Nacht hinaus. Sie irte mehrere Stunden in bitterer Kälte draußen umher, bis Straßengänger auf sie aufmerksam wurden und sich ihrer annahmen. Das Kind war ihr in der rauhen Luft in den Armen gestorben. Der entmenschte Ehemann und Vater wurde verhaftet.

Gauner. Ein großer Schwindel ist in Raishheim in Bayern verübt worden. Der dortige Schuhmachermeister Blakner hatte von einer Hamburger Lotterie ein Los gewonnen und würde Anfang der Woche verhandelt, daß er den Haupttreffer gemacht habe. Vor zwei Tagen erschienen zwei aufgetriebene Herren bei ihm, stellten sich als Vertreter der Lotteriegesellschaft vor und teilten ihm gleichzeitig mit, daß der auf sein Los entfallene Gewinn 60,000 Mark betrage, welchen sie ihm gegen Auszahlung des Loses und gegen eine Provision von nicht weniger als 10,000 Mk. auszahlen und verschwand. Nunmehr stellte es sich heraus, daß der Schuhmachermeister nicht 60,000 Mk., sondern über 300,000 Mk. gewonnen hat und somit also um 250,000 Mk. geprellt wurde. Allen Anschein nach ist aber das freche Schwindelmandöver mißlungen, da eine behördliche Anfrage in Hamburg ergab, daß der Gewinn an die mit dem Lose abgerechneten Schwindler noch nicht ausbezahlt sei und nach der jetzt erfolgten Aufdeckung des Betruges durch gerichtliche Hinterlegung für den Schuhmachermeister festgestellt wird.

Ein Unglückstunnel. Der Müllacher Tunnel ist ein wahrer Unglückstunnel. Er ist Donnerstag wieder einmal auf eine Länge von fünfzehn Metern eingestürzt. Zum Glück haben aufmerksam Bahnarbeiter, die in dem Tunnel Restaurierungsarbeiten vornahmen, an gewissen Anzeichen die Gefahr vorher rechtzeitig erkannt. Sie verließen den Tunnel und benachrichtigten die Station Müllach. Der Stationsvorsteher ließ deshalb den Zug nach Trier nicht mehr abgehen. Kurze Zeit darauf stürzte infolge eines starken Gesteinsbruchs das Gewölbe des Tunnels auf eine Länge von 15 Meter ein. Die Sohle des Tunnels ist dagegen durch nachströmendes Geröll auf 28 Meter Länge verschüttet. Der Einbruch erfolgte um 11 Uhr Abends. Personen sind nicht verletzt worden.

Staatssekretär v. Tirpitz: Die Vorlage zur Aenderung des § 2 des Flottengesetzes hat einen militärischen und keinen politischen Charakter. Eine größere Anzahl unserer Schiffe steht nicht auf der Höhe und bedarf dringenden Ersatzes, wenn ich diese veralteten Schiffe auch nicht für so schlecht halten kann wie der Flottenverein. Bei uns ist die Lebensdauer der Schiffe höher, als bei allen anderen Nationen. Sie beträgt tatsächlich 30 Jahre, während im Geleze nur 25 Jahre voraufsehen sind. Unsere Berechnungsart stammt von dem verstorbenen Zentrumsführer Dr. Lieber, dem Schöpfer des Flottengesetzes. Dr. Lieber aber würde der Letzte sein, der heute diesen Frieden auf dem höchsten Bau des Flottengesetzes bestehen ließe. Wir müssen den Fortschritten der Technik Rechnung tragen, wenn wir mit den anderen Staaten nur einigermaßen gleichen Schritt halten wollen. Ich bitte um Annahme der voraufschlagenen Aenderung. Sie bewilligen damit den Verbündeten Regierungen nicht zu viel. (Bravo! b. d. Raik.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Die Hoffnungslosigkeit des Reichsfinanzsekretärs ist wohlher Der Schwärzete mir und hätte die Lage nicht schwärzer machen können, als er. (Schallende Heiterkeit.) Die Reichsfinanz schon die Höhe von 4,3 Milliarden erreicht, ihre Verzinsung beträgt bald zehn Prozent der gesamten ordentlichen Einnahmen. (Hört, hört!) Vorschläge jedoch wie Branntwein- und Tabakmonopol lehnen wir ab. Ebenso eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer. Dabei hatten wir an dem Grundbesitz fest, daß die neuen Steuern die minderbemittelten Klassen nicht belasten dürfen. Die für Südwestafrika laufgewandten Kosten liegen nicht im Verhältnis zu dem Werte dieser Kolonie. Von einer Steigerung des kolonialen Verkehrs kann auch nicht die Rede sein. (Sehr wahr! im Zentrum u. b. d. Sozialdemokraten.) Der Reichstag kann verlangen, daß er über die auswärtige Politik fortlaufend in Kenntnis gehalten wird. Es wird nicht zur Stärkung des Reichsbudgets, wenn die Süddeutschen bei sich und in Deutschland feindliche Einrichtungen und in Preußen gerade das Gegenteil sehen.

(Sehr wahr im Zentrum und links.) Das antisozialistische Entlangengesetz verletzt das rechtsgemäßeste Eigentumsrecht und wird nur Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie liefern. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Polen.) Aus dem Reichsamt des Innern ist der hervorragende, kenntnisreiche Graf Polabowsky geschieden, ich darf wohl sagen, von allen hochgeschätzt. Ich hoffe, daß wir in seinem Nachfolger ein solches finden können. Ich komme nun auf die Ereignisse der inneren Politik während des Sommers, insbesondere den Prozeß Molke-Harden, zurück. Wenn auch mancher Verdacht durch Zeugenaussagen beseitigt ist, so bleibt doch bestehen, daß das Verhalten hochachtbarer Herren zu Verdächtigungen Anlaß gegeben hat. Das Traurige aber ist, daß tatsächlich sittliche Verfehlungen von Offizieren an den ihnen untergebenen Soldaten festgestellt worden sind. Ich erinnere daran, daß bei der Verheimlichung des Hauptes heraus der Antrag gestellt wurde, Arbeitgeber zu bestrafen, die sich sittliche Verfehlungen gegen bei ihnen angestellte Arbeiter an Schulden kommen ließen. Beim Militär ist das Verhältnis der Abhängigkeit nur noch viel größer. (Sehr wahr! im Zentrum.) Nach der Behauptung Hardens beschränken sich die Verfehlungen nicht einmal auf die Garde du Corps, sondern es sollen nach ihm ganze Kavallerie-Regimenter verurteilt sein. (Unruhe rechts.) Mit welcher Sorge werden unter solchen Umständen die Eltern ihre Kinder zum Militär schicken. (Sehr richtig! im Zentrum.) Vor allem aber hat es Verwunden hervorgerufen, daß die beiden beteiligten Offiziere mit Pension entlassen sind. (Sehr richtig!) In solchen Vorgängen zeigt sich das Nachlassen des christlichen Sinnes.

Abg. v. Rasthofen (kons.): Meine Freunde sind gegen jede direkte Reichssteuer. Wer eine Reichsvermögenssteuer erstrebt, der rüttelt an den Grundlagen des Reichs. (Große Unruhe links.) Wenn auch die Vorlage hohe finanzielle Anwendungen erfordert, so soll sie von uns doch mit dem größten Wohlwollen geprüft werden. Die Schlagfertigkeit des Herzes zu Wasser und zu Lande muß erhalten bleiben, wenn Deutschland seine großen Aufgaben erfüllen soll.

Reichsanwalt Fürst v. Bülow: Ich wolle erst eigentlich im weiteren Verlauf der Debatte das Wort ergreifen, sehe mich aber durch die Unwesenheit des Kriegsministers genötigt, Verallgemeinerungen hinsichtlich der Zustände in der Truppe, wie sie der Abg. Spahn hier vorgebracht hat, mit Nachdruck zurückzuweisen. Nur durch wissenschaftliches Dulden derartiger Vorkommnisse hätte sich die obere Gesellschaft militärisch gemacht. Davon kann aber keine Rede sein. Unsere militärischen Inflationen haben sich keines Verlesens und keiner Nachlässigkeit schuldig gemacht. (Unruhe bei den Soz.) Das wird Ihnen morgen

der Kriegsminister darlegen. Warum der Reichsanwalt den Kaiser nicht früher informiert hat? Weil auf bloße Beschuldigungen hin ein verantwortlicher Minister nicht einschreiten kann, und wie Tatzschliches oder auch nur Greifbares erst im Frühjahr dieses Jahres zur Kenntnis gebracht worden ist. Was das Thema Kamarilla anbetrifft, so betone ich, ich habe nie bestritten, daß es in der Vergangenheit an deutschen Fürstentümern Kameralen gegeben hat.

Was die Gegenwart betrifft, so kann ich nur wiederholen, daß es in der Politik ist, von einem König unverantwortlicher Ratgeber des Kaisers zu sprechen. (Lebh. Beifall rechts.) Was die Auflösung des Reichstags vor einem Jahre betrifft, so erfolgte sie nicht, um mich vor verächtlichen Angriffen und Intrigen zu schützen, sondern, weil die Zentrumspartei durch Verwerfung des Reichscolonialgesetzes, durch die Angriffe des Abg. Roeren gegen den neuen Colonialdirektor (Großer anhaltender Applaus im Zentr.), die Gehör der Regierung auf eine sehr harte Probe gestellt hatte. Diese Partei wollte uns ihre Macht fühlen lassen. (Erneute Unruhe im Zentr.) Hier nachzugehen, hätte jeden Reichskammerling um das Vertrauen der verbündeten Regierungen, um Ehre und Reputation gebracht. (Lebh. Beif. b. d. Raik.)

Abg. Waffermann (Nationalliberal): Das Flottengesetz, die Marineforderungen sind notwendig. Die geplante Einführung von im Gelände wenig sichtbaren Feldartillerien begrüße ich mit Freuden, bezoglichen die beim Gaußen Kuppeln für seine Verdienste um die Luftschiffahrt vorgeklagene Anerkennung. Auf die Kolonialpolitik werden wir erst beim Colonialetat eingehen. Die Aufbesserung der Finanzlage des Reiches durch Monopole (Tabak und Branntwein) hat ihre Bedenken. Ein Monopol hätte hier im Reichstage wohl aber nur Aussicht auf Annahme, wenn es mit einer direkten Reichsteuer verbunden wäre. (Aufmerksamkeit links, Widerspruch rechts.) Föderalistische Bedenken gegen eine solche Steuer haben wir nicht. An der Reichserbschaftsteuer ist das Reich auch nicht zugrunde gegangen, ihre weiteren Ausbauen ist hier aber wohl wenig Aussicht vorhanden. Die geäußerten Worte vom Zentralverband der Industriellen und der dortigen Rede des preussischen Handelsministers. Dem Zentrum bildet hierbei die Frage der Verhandlungen der Arbeitgeber mit den Organisationen der Arbeiter. Die Organisationen wachsen zu immer größerer Bedeutung heran. Sie sollten von den Arbeitgebern anerkannt werden. Man sollte auch bei den Vorarbeiten zu Gelegenheitsarbeiten ihre Vertreter berücksichtigen. (Bruf b. d. Soz.: Auch der freien Gewerkschaften.) Nein! Die sogenannten freien Gewerkschaften sind sozialdemokratisch, und die Sozialdemokratie verneint den Staat. (Zust. rechts, Lachen b. d. Soz.) — Beifällig der Gesetze über Arbeitskammern und Reichsfinanzämter der Berufsvereine werden wir hoffentlich bald zu einem Abschluß kommen. — Die Vorgänge, die zu den bekannten Prozesse geführt haben, sind aufgeschaut worden. Immerhin sind die Vorwürfe, daß der Kaiser nicht zeitig genug aufgeklärt wurde, berechtigt. Dieser Vorwurf richtet sich nicht gegen den Kriegsminister und den Reichsanwalt, sondern gegen das Militärkabinett. (Zustimmung.) Es scheint, daß man aus gewisser Schwäche vor gemiffen Personen Halt gemacht hat. So wurde einem Major die Pension verweigert, der vor ein Kriegsgericht oder ein Ehrengericht hätte gestellt werden müssen. Die Öffentlichkeit der Verhandlung war an sich berechtigt, aber bei Vorgängen des Ehelebens hätte man die Öffentlichkeit ausschließen sollen. Aufsehen erregt die nachträgliche Einmischung des Staatsanwalts in die Habensache. Hervorragende Rechtsgelehrte halten das Verhalten des Staatsanwalts für ungesetzlich. — Nun zum Fall Liebknecht. Ich weiß nicht, ob es nötig war, Herrn Liebknecht überhaupt anzulagern. Stuzia aber muß es einen machen, daß der Staatsanwalt Buchthausstraße beantragt hat. Es ist doch allen klar, daß der Rechtsanwalt Liebknecht nicht aus ehrlöser Genehmigung gehandelt hat. Der Staatsanwalt hat sich denn auch eine gründliche Dekabonierung vom Gericht geholt. Unerbittlich finde ich auch das Vorgehen des Staatsanwalts gegen Oberst Gaedke. Redner verlangt baldige Einbringung des neuen Strafgesetzbuchs, besondere Jugendgerichte und die Aufhebung des Zeugniszwangs für Redakteure.

Hierauf verlegt sich das Haus. In einer persönlichen Bemerkung bestritt Abg. Dr. Spahn (Zentr.), daß der Reichsanwalt Grund gehabt habe, sich anzusetzen. Von anderen Seiten ist über Kamarilla usw. viel schärfer gesprochen worden. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der Etatberatung. Schluß 7 Uhr.

Kindesmörder. Unter dem Verdacht des Kindesmordes ist der 22 Jahre alte Mechaniker Willi Menning aus Berlin verhaftet worden. Es handelt sich um ein neugeborenes Mädchen, das seine Schwestern angeblich in Potsdam erbar.

Der Klapptisch auf der Straße. In der Badstraße zu Berlin rief Donnerstag morgen ein „freudiges Ereignis“ allgemeines Aufsehen hervor. Ein junges Mädchen schenkte auf offener Straße einem kräftigen Knaben das Leben. Ein Polizeibeamter brachte Mutter und Kind zu einem benachbarten Arzt, der die Ueberführung der Wöchnerin nach dem Widoow-Krankenhaus veranlaßte.

Ein verurteilter Hauptmann. Das Kriegsgericht der 36. Division in Danzig hat den Hauptmann Ludwig Freiderich v. Dülker-Brandenburg vom Infanterieregiment Nr. 59 für fahnenflüchtig erklärt. v. D. hat vor einiger Zeit seine Garnison Dr. Eylau heimlich verlassen. Die Ursache der Flucht sollen finanzielle Schwierigkeiten sein.

Ein Kaufman in einem anderen Städtchen machte ihn das nach und brachte seinerseits Tausende solcher Krügelchen in den Handel. Gegen ihn klagte nun die berechnete Firma auf Nachdruck und Verhaftung, und die Staatsanwaltschaft ersuchte die Sachverständigen-Kammer um ein Gutachten, das in der letzten vom Geheimrat Daube herausgegebenen großen amtlichen Sammlung mit veröffentlicht ist. Die Kammer müßte zwar die Frage, ob das Lied selbst einen Schuß geniesse, bejahen, da es auf Umjüng oder geistigen Wert nicht ankomme. So sind auch früher schon literarisch-minderwertige Produkte, wie das Ständchenquartett „Herzliebchen unter dem Rebendach“ und das Lied „So wie Du“ für fahnenflüchtige Arbeiter erklärt worden, ebenso vom Kriegsgericht die einstige Keiner Gedichte der „Goldenen Stunden“. Es fragte sich dann, ob in dem Fall der Susanna ein teilweiser Nachdruck vorliege. Die Sachverständigen sahen jedoch die Entschuldig für unbedeutend an. Die benutzten Worte bilden zwar den Anfang des Liedes, ihr „Gedanke“ — wenn man so sagen darf — kehrt aber auch 3. B. in der dritten Strophe des Liedes wieder:

„Daß Dich nicht foppen!  
Trink man noch 'n Schoppen!“

Und der angebliche Nachdrucker hatte auch nur die Stelle vom Hentelstöpfchen als Fußstift verwendet, nicht den so unendlich behebammen Rehrhein:

„O Susanna, wie ist das Leben doch so schön.  
O Susanna, wie schmeckt das Bier so schön.“

So wurde keine unzulässige Verdolchtung angenommen, und auf Grund dieses Gutachtens das Nachdruckverfahren eingestellt. Auch eine Beschwerde des Angeklagten bei der Oberstaatsanwaltschaft blieb hienach ohne Erfolg. Man darf also jetzt überal frugen und sagen, Schreiben und drucken:

